AZA 3000 BERN 15 NR. 18 | 2. NOVEMBER 2018 | FR. 2.80 | www.workzeitung.ch

UNIA

DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT

work

Millionen-Rabatt der Suva: Er gehört den Arbeitenden! Seite 5

Paul Rechsteiner war 20 Jahre SGB-Präsident

Wie er wurde, was er ist

Das grosse Interview zum Rücktritt beim Gewerkschaftsbund

Ausserdem: Das sagen Unia-Chefin **Vania Alleva,** FDP-Bundesratskandidatin **Karin Keller-Sutter** und Briefträgerin **Katrin Bärtschi.**

Seiten 8–9

FOTOS: DANIEL AMMANN, THIERRY PORCHET, GETTY

Frauenlöhne I

Schottinnen steigen in die Hosen. Reportage aus Glasgow. Seite 7

Frauenlöhne II

Ärztinnen verdienen 29 Prozent weniger als Ärzte. Seite 6

Frauenlöhne III

Die «Subito»-Initiative im Jura steht. So geht's jetzt weiter. Seite 2

Der Bau brennt!

Wieder Tausende an Büezer-Demos. Jetzt rumort es bei den Baumeistern. Seite 3

workedito

Marie-Josée Kuhn

SELBST-ENTMACH-TUNGS-INITIATIVE

Es war ein wüstes Hauen und Stechen: Ems-Chefin Martullo-Blocher bei Roger Schawinski zur SVP-Selbstbestimmungsinitiative. Sie: je brandschwärzer die Lüge, desto unflätiger der Ton. Er: ausnahmsweise nicht in der Lage, dem Gegenüber dauernd ins Wort zu fallen. So konnte die ähnlichste Blocher-Tochter wieder und wieder rotzen, bei der Selbstbestimmungsinitiative gehe es darum, «unsere Selbstbestimmung und unsere direkte Demokratie zu retten». Und das Schweizer Recht gegen fremde Richter zu verteidigen. Falsch, sagt im work-Interview der ehemalige Bundesrichter Niccolò Raselli: «Die Initiative richtet sich gegen unsere eigenen Gerichte.» Sie sei ein weiterer Versuch der Blocher-Partei, Schweizer Richter zu entmachten. Weil diese gewisse Volksentscheide stoppen können. Stoppen müssen. Etwa dann, wenn sie gegen elementare Menschenrechte verstossen. So wie die SVP-Ausschaffungsinitiative 2010. Die Europäische Konvention der Menschenrechte schützt die Grundrechte aller. Und genau das stört die SVP: dass sie mit Fremdenfeindlichkeit und Blocher-Millionen nicht einfach durchmarschieren kann.

Die SVP lügt uns an.

HITLER LÄSST GRÜSSEN. *In der direkten Demokratie können die Stimmberechtigten über alles abstimmen. Leider auch über die Abschaffung der Demokratie. Oder über die Wiedereinführung der Todesstrafe. 2010 lancierte ein Mann namens Marcel Graf ein solches Volksbegehren. Hätte Graf seine Initiative nicht zurückgezogen und wäre sie an der Urne angenommen worden, hätten wir jetzt in der Schweiz die Todesstrafe? Gottlob nicht! Denn Grafs Initiative verstiess gegen die Menschenrechtskonvention im Völkerrecht. Und das Völkerrecht steht über dem nationalen Recht. Auch gottlob! Denn die Mehrheit hat nicht immer recht. Hitler lässt grüssen. Die Demokratie ist nicht die unbegrenzte Herrschaft der Mehrheit. Sie ist dem Rechtsstaat verpflichtet.*

WENIGER SELBSTBESTIMMUNG. *Kommt die SVP-Selbstbestimmungsinitiative durch, dürften unsere Gerichte die Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Strassburg (EGMR) nicht mehr anwenden, warnt alt Bundesrätin Micheline Calmy-Rey. Sie ist entschieden gegen die SVP-Initiative, obschon das Ja-Komitee in seiner Broschüre das Gegenteil suggeriert. Calmy-Rey: «Bei einem Ja würde den Schweizerinnen und Schweizern zudem die Möglichkeit genommen, den EGMR als höchste Instanz anzurufen, um ihre Rechte zu schützen.» Ein Ja zur sogenannten SVP-Initiative würde unsere Selbstbestimmung also drastisch beschneiden. Und die Schweiz schwächen, weil diese auch zahlreiche Wirtschaftsabkommen kündigen müsste. Die Blocher-Partei lügt uns schamlos an. Ihre Selbstbestimmungsinitiative ist nämlich eine Selbstentmachtungsinitiative. Fallen wir nicht drauf rein, sagen wir einfach Nein!*

FOTO: ALLIANZ DER ZIVILGESELLSCHAFT

Alt Bundesrichter Niccolò Raselli erklärt, warum die Selbstbestimmungsinitiative der SVP so gefährlich ist

SVP will Gerichte gängeln

Der SVP gehe es gar nicht um «fremde Richter», sagt alt Bundesrichter Niccolò Raselli. Vielmehr sollen die Schweizer Gerichte auf SVP-Linie gebracht werden.

CHRISTIAN EGG

work: Mit ihrer Initiative kämpft die SVP angeblich gegen «fremde Richter» in Strassburg …

Niccolò Raselli: Das ist ein Etikettenschwindel! Die Initiative richtet sich gegen unsere eigenen Gerichte. Mit der Ausschaffungsinitiative wollte die SVP 2010 per Volksentscheid einen rechtlichen Automatismus einführen: Bei gewissen Delikten sollten Ausländer ausgeschafft werden, ohne dass die Richter den Einzelfall prüfen. Das Parlament sagte dann aber: «Stop, da gibt es die Europäische Menschenrechtskonvention.» Deshalb fügte es im Gesetz eine Härtefallklausel ein. Darauf brachte die SVP die Durchsetzungsinitiative, die das Stimmvolk zum Glück ablehnte. Die Selbstbestimmungsinitiative ist jetzt der nächste Versuch der SVP, unsere Richter zu entmachten.

«Die Abstimmung ist noch nicht gewonnen. Es braucht jede Nein-Stimme.»

NICCOLÒ RASELLI

Die SVP will erzwingen, dass die Justiz in ihrem Sinn entscheidet?

Ja! Christoph Blocher hat dem Bundesgericht einen «Staatsstreich» vorgeworfen, als ihm ein Urteil nicht passte. Am massivsten ist dieser Druck bei den Richtern, die von der SVP vorgeschlagen wurden, etwa dem Bundesrichter Yves Donzallaz. Er hat im Ausländerrecht einige Urteile mitgetragen, die mit den Forderungen der SVP nicht übereinstimmen. Darauf erschien 2017 ein Artikel in der «Weltwoche» von SVP-Nationalrat Roger Köppel, der Donzallaz als «grössten Internationalisten» diffamierte – für die SVP gleichbedeutend mit «Landesverräter». Und die Partei wollte ihn nach Bern zitieren, er hat sich aber geweigert. Der Fall zeigt, was die SVP von der richterlichen Unabhängigkeit hält.

Zurück zu den Richtern in Strassburg. Die haben die Schweiz schon mehrmals gerügt.

Gottlob! Vielen Grundrechten, die heute in unseren Gesetzen verankert sind, hat erst der Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg zum Durchbruch verholfen.

Zum Beispiel?

Menschen, die vor Gericht freigesprochen wurden, mussten bis 1988 sehr oft trotzdem Verfahrenskosten bezahlen. Und zwar dann, wenn sie nach Ansicht des Gerichts nicht strafbar, aber «unordentlich» oder «unsittlich» gehandelt hatten. Diese Kosten waren manchmal höher, als es die Busse im Fall einer Verurteilung gewesen wäre. Das kann man sich heute gar nicht mehr vorstellen. Erst nach einem Urteil aus Strassburg behob die Schweiz diesen Missstand.

Was passiert, wenn die Initiative angenommen wird?

Unzählige internationale Verträge würden in Frage gestellt. Aus der Europäischen Menschenrechtskonvention müsste die Schweiz meiner Ansicht nach sofort austreten, denn nur schon die Anti-Minarett-Initiative verstösst dagegen. Noch schlimmer: Es gäbe keinen Damm mehr, wenn via Volksinitiativen rechtliche Automatismen eingeführt würden und damit die Justiz als dritte Gewalt unterlaufen würde, wie dies die SVP gern möchte.

In den Umfragen überwiegt derzeit das Nein zur Initiative. Sind Sie zuversichtlich, dass sie abgelehnt wird?

Nein. Die flächendeckende SVP-Kampagne ist trügerisch und in meinen Augen feige, weil kein Absender draufsteht. Damit zielt die Partei auf Leute in der politischen Mitte. Die Abstimmung ist noch nicht gewonnen. Es braucht jede Stimme!

KAMPAGNE

DRINGENDER AUFRUF

Niccolò Raselli, von 1995 bis 2012 Bundesrichter, war vor zwei Jahren einer der Initianten des Dringenden Aufrufs gegen die Durchsetzungsinitiative der SVP. Und hatte Erfolg: Das Stimmvolk versenkte die Initiative mit 59 Prozent Nein.

SPENDEN. Jetzt ist der Aufruf wieder aktiv, gegen die sogenannte Selbstbestimmungsinitiative. Erneut wirbt er mit einem markanten «Nein» in zackiger schwarzer Schrift. Geplant waren 200 Plakate an den grössten Schweizer Bahnhöfen. Aber ein erster Aufruf Mitte Oktober brachte bereits nach wenigen Tagen unerwartet hohe Spenden. Jetzt kann das Komitee schon 1000 Plakate finanzieren. Es sollen noch mehr werden.

Selber unterschreiben und allenfalls spenden: **dringender-aufruf.ch**

Im Kanton Jura steht die erste Lohngleichheits-Initiative

Die Frauen machen Dampf

Per Volksabstimmung kann der Kanton Jura nun endlich die Lohngleichheit durchsetzen. Auch in der übrigen Schweiz weht ein frischer Frauen-Wind.

PATRICIA D'INCAU

Es geht vorwärts für die Frauen im Jura. Am 24. Oktober hat die Regierung bestätigt: Die kantonale Lohngleichheitsinitiative ist zustande gekommen. Damit hat die jurassische Stimmbevölkerung die Chance, die Lohngleichheit endlich durchzusetzen. Erstmals in der Schweiz!

FOTO: STÖH GRÜNIG

FRAUEN-PROTEST: «Weder Kindermädchen noch Nonne noch dumm.»

23 PROZENT WENIGER LOHN. Lanciert wurde die Initiative von der Unia im Jura. Die Gewerkschafterinnen fordern, dass der Kanton festlegt, wie die Lohngleichheit in den Betrieben kontrolliert und die Frauenlöhne an die Männerlöhne angeglichen werden sollen.

Das ist auch bitter nötig: Denn obwohl die Lohngleichheit zwischen Mann und Frau bereits seit 37 Jahren in der Bundesverfassung steht, ist sie bis heute nicht umgesetzt. Schweizweit verdienen Frauen nach wie vor rund zwanzig Prozent weniger als Männer. Im Kanton Jura beträgt die Lohndifferenz sogar 23 Prozent.

DER FRAUENSTREIK KOMMT. Das Ziel der Initiative ist deshalb: ein kantonales Gesetz, welches das nationale Gleichstellungsgesetz ergänzt. Dieses wird gerade revidiert. Eigentlich sollte es griffiger werden, aber: National- und Ständerat bewegen sich nur mit Mini-Schrittchen. Und trotzdem laufen SVP und FDP Sturm dagegen. Vorläufiges Fazit: ein zahnloser Beschluss, der Lohnanalysen nur für Betriebe mit über 100 Angestellten vorschreibt. Das sind nicht einmal 1 Prozent aller Firmen. Und Sanktionen sind keine vorgesehen.

Für Unia-Geschäftsleitungsmitglied Corinne Schärer ist klar: «Die Frauen haben wenig zu feiern.» Braucht es also eine Volksinitiative wie im Jura? Schärer sagt: «Beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund ist eine Initiative in Arbeit.» Ob und wie sie lanciert werde, sei noch offen. Sicher ist für Schärer aber: «Wir müssen weiter Druck machen.»

Den bauen die Frauen jetzt auf. Für einen zweiten grossen Frauenstreik am 14. Juni 2019. In vielen Kantonen haben Frauen schon Streikkomitees gegründet. Das bringt frischen Wind – auch in Sachen Lohngleichheit.

Eric Ducrey (42), Bauarbeiter, alleinerziehend, sagt:

«Was die Patrons wollen, ist unmöglich!»

Eric Ducrey ist alleinerziehender Vater. Längere Arbeitstage, wie es die Baumeister wollen, kommen für ihn nicht in Frage. work hat ihn am Bauprotest in Freiburg getroffen.

PATRICIA D'INCAU

Freiburg, Dienstagmorgen, 8 Uhr 15: Der Wind pfeift, es schüttet und schneit. Im Festzelt auf der Place Python ist es heiterer. Hunderte Bauarbeiter sitzen auf Holzbänken, es wird geredet und gelacht. In den Kartonbechern dampft der Kaffee, die Proteststimmung steigt.

Für Kaffee hatte Eric Ducrey noch keine Zeit. Er steht draussen auf dem Platz. Graue Mütze, blaue Augen, einen schwarzen Faserpelz über die Thermowäsche gezogen.

An jedem anderen Arbeitstag sitzt er auf seinem Brecher. Neun Stunden am Tag bedient er die riesige Maschine, mit der altes Baumaterial zu neuem verarbeitet wird. Da wird aus Beton zum Beispiel Kies. Das Rumpeln und Rütteln geht in die Knochen.

300 GRATIS-ÜBERSTUNDEN

Heute ist Ducrey einer der Protestführer. Zusammen mit rund 550 anderen Bauarbeitern bereitet er sich auf die Demo vor. Wie die Kollegen in Neuenburg, im Wallis und im Jura. Auch dort stehen die Baustellen still. 1500 Arbeiter sind im Ausstand.

Ducrey ist schon seit Stunden auf den Beinen. «Um 2 Uhr nachts sind wir los», erzählt er. Ab da ging alles Schlag auf Schlag: Protestplakate aufhängen, Baustellen abklappern, Kollegen abholen. Dazwischen ein Telefon nach Hause: der Weckruf für seinen 12jährigen Sohn. «Eigentlich steht er schon von selber auf», sagt Ducrey und lächelt. Aber er rufe eben trotzdem immer noch an. Auch einfach, um ein bisschen zu reden. Das ist ihr gemeinsames Morgenritual.

Seit zwei Jahren ist Eric Ducrey alleinerziehender Vater. Und Zeit mit seinem Sohn ein knappes Gut. Jetzt wollen die Baumeister davon sogar noch mehr stehlen. Ihre Vorstellung: Bei gutem Wetter und guter Auftragslage sollen die Arbeiter bis zu 300 Überstunden anhäufen und dann, bei Schlechtwetter oder Auftragsflaute, kompensieren. De facto hiesse das: Arbeitstage mit bis zu 12 Stunden würden normal. Ohne dafür mehr Geld zu erhalten. Den Überstundenzuschlag wollen die Baumeister nämlich auch gleich streichen. Ducrey schüttelt den Kopf: «Was die Patrons wollen, ist unmöglich!» Für ihn sei es jetzt schon schwierig, alles unter einen Hut zu bringen. Auch wenn sich Vater und Sohn gut organisiert haben, mit Schulkantine, Freunden und der Tagesmutter. Aber Ducrey weiss: «Schon eine Arbeitsstunde mehr würde alles umwerfen.»

> **«Eigentlich würde ich gerne Teilzeit arbeiten.»**
> ERIC DUCREY

VERALTETE GESCHLECHTERBILDER

Eigentlich würde er gerne Teilzeit arbeiten. Aber: Teilzeitarbeit gibt es auf dem Bau nicht – das verhindern die veralteten Geschlechterbilder. Da heisst es: «Richtige» Männer arbeiten 100 Prozent, während die Frauen zu den Kindern schauen.

«Mit der Realität hat das schon lange nichts mehr zu tun», sagt Ducrey. Das sei nicht nur bei ihm so, sondern auch bei seinen jüngeren Kollegen. Aber die Chefs wollten davon nichts hören.

Deshalb setzt sich Ducrey auch für Gleichstellung ein. Im September war er an der grossen Lohngleichheitsdemo in Bern, zusammen mit seinem Sohn. Ein tolles Erlebnis sei das gewesen! Sein Sohn verstehe gut, was los sei. Auch beim Protest auf dem Bau. «Er begreift, dass es darum geht, dass sein Vater weiterhin rechtzeitig nach Hause kommen kann.»

SCHÄBIGER UMGANG MIT BÜEZERN

Ducrey wehrt sich nicht nur für sich und seinen Sohn. Er sagt: «Die anderen Bauarbeiter sind meine Kollegen. Ich will etwas machen für sie.» Besonders hässig macht ihn, dass immer mehr Ü 50-Arbeiter auf die Strasse gestellt werden: «Diese Männer haben ihr Leben und ihre Gesundheit für die Firmen gegeben. Sie haben dieses Land gebaut. Und dann bekommen sie die Kündigung. Das ist respektlos.»

Weil viele dieser Stellen nicht neu besetzt würden, herrsche mittlerweile Personalmangel. Das sei die Strategie der Chefs: immer weniger Büezer für gleich viel Arbeit. Dafür längere Arbeitstage, vor allem im Sommer. Das sei gefährlich. Wenn das Thermometer 35 Grad zeige, dann sei das auf der Baustelle wesentlich mehr: «Die Maschinen, der Teer, die Hydraulikschläuche – das alles heizt auf.» Trotzdem: Sie würden arbeiten, bis es nicht mehr gehe. «Ich habe ein einziges Mal gestoppt. Da hatte ich 60 Grad in der Kabine.» Das müssten die Patrons endlich verstehen.

Mit seinen Überstunden für das schlechte Wetter bezahlen – das kommt für Ducrey und seine Kollegen jedenfalls nicht in Frage: «Gesund bleiben und Zeit für die Familie – das ist, was wir wollen!» Weil die Baumeister nicht zuhören, wird nun eben protestiert.

FOTO: MANU FRIEDERICH

KLARE ANSAGE: Die Forderungen der Baumeister gehen zu weit.

KLARE ZUSTIMMUNG: Nicht mehr chrampfen für weniger Lohn.

KLARE HALTUNG: Der Protest geht weiter.

KLARES ZIEL: Ein guter Vertrag.

LAUT UND DEUTLICH: Hunderte gingen in Freiburg auf die Strasse.

FOTOS: THIERRY PORCHET

Sogar Baufirma kritisiert: «SBV zu ideologisch»

Auch unter den Baumeistern wächst der Ärger über die weltfremde Politik ihrer Funktionäre.

RALPH HUG

Die Neuenburger Baufirma Facchinetti SA hält nichts von der Forderung des Baumeisterverbands (SBV) nach mehr Flexibilität bei der Arbeitszeit. Diese sei «ideologisch», kritisiert sie in einem Brief an ihre Vorarbeiter. Der Brief liegt work vor. Direktor Claude Conrad: «Wir unterstützen diese Forderung nicht. Die heutige Flexibilität genügt bei weitem.» Klarer könnte man es nicht sagen. Das Dokument beweist, dass längst nicht alle Firmen die weltfremde Politik ihrer Verbandsspitze gutheissen. Besonders, wenn sie zu solch mächtigen Protesten auf den Baustellen führt. In den letzten Tagen gingen Tausende erboste Bauarbeiter in der Westschweiz und im Tessin auf die Strasse. Sie wollen keinen 12-Stunden-Tag, und sie wollen auch kein Lohndumping durch ausländische «Praktikanten», bei denen kein Mindestlohn mehr gelten soll, wie das der SBV absurderweise vorschlägt.

> **«Die heutige Flexibilität genügt bei weitem.»**
> CLAUDE CONRAD, DIREKTOR FACCHINETTI SA

ERPRESSERISCH. In den nächsten Tagen rollt die Protestwelle der Bauarbeiter weiter. Aktionen in der Deutschschweiz stehen auf dem Programm. Die Wut über die Baumeister und ihren erpresserischen Kurs in den Verhandlungen zum Landesmantelvertrag ist riesig. Im Wallis war es das erste Mal seit vielen Jahren, dass Bauleute den Pickel weglegten. Dabei liegt eine Einigung in Griffweite. Die Sanierung der Frührente mit 60 ist eigentlich unter Dach. Dank dem Entgegenkommen der Gewerkschaften: Die Bauleute übernehmen die Kosten der Sanierung mit höheren Beiträgen (+0,75 Lohnprozent oder rund 40 Franken). Im Gegenzug gibt's ab 2019 eine Lohnerhöhung von 150 Franken. Statt endlich einzulenken, nimmt der SBV lieber ein Chaos auf den Baustellen in Kauf. In Zirkularen fordert er dazu auf, dass «Störer» ferngehalten, gefilmt und namentlich notiert werden sollen. Demgegenüber hält die Unia fest, dass die Gewerkschaften ein Recht auf Zutritt zum Betrieb hätten. Dies hat unlängst das Bundesgericht in einem Fall aus dem Tessin festgehalten.

UNTER BESCHUSS: Baumeisterverbandschef Gian-Luca Lardi. FOTO: KEYSTONE

Weiterhin führt der Baumeisterverband die Medien mit Fake News an der Nase herum. So verkündete er vor kurzem, eine Lösung zur Sicherung der Rente mit 60 liege auf dem Tisch. Verlor dabei aber kein Sterbenswörtchen über die massiven Verschlechterungen, die er für einen Vertragsabschluss zur Bedingung macht. Es ging einmal mehr darum, die Gewerkschaften als Verhinderinnen anzuprangern. Am 9. November steht die nächste Verhandlungsrunde an.

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik

Ventilieren: Mit halb so viel Pfuus gleich viel Luft

Alte Lüftungsanlagen sind teuer im Betrieb und killen das Klima mit. Für einmal könnte eine grosse Luftnummer helfen.

Die Gefahren des Waldsterbens wurden übertrieben. Das hat der Sache der Umwelt geschadet.

Umgekehrt werden die Gefahren des Gletschersterbens massiv unterschätzt. Trotz grossen Schneefällen im Winter verloren die Gletscher dieses Jahr noch einmal 2,5 Prozent ihres Volumens. Viele kleine und mittlere Gletscher zerfallen.

Die österreichische Bahnunternehmerfamilie Schröcksnadel fährt eine Doppelstrategie. Gegen aussen zweifelt der alte Schröcksnadel den Klimawandel an. Geschäftlich haben sie sich aber die hochgelegenen Bergbahnen von Saas Fee VS unter den Nagel gerissen. Hier wird man trotz Klimawandel noch etwas länger Ski fahren können als in fast allen Gebieten der Alpen, deren Skigebiete tiefer liegen.

IM HINTERTREFFEN. Wir könnten und müssten den ökologischen Umbau weit schneller vorantreiben. Leider ist die Schweiz nach 15 Jahren Moritz Leuenberger und 8 Jahren Doris Leuthard ökologisch arg ins Hintertreffen geraten. Auch weil die Umweltorganisationen den notwendigen Drive vermissen lassen.

80 Prozent der Lüftungsanlagen in der Schweiz sind mehr als 20 Jahre alt. Soll man sie rausreissen und neue einbauen? Oder kann man sie – wie Kampfflieger – einfach nur retrofitten und so den Stromverbrauch der Anlagen um 30 bis 50 Prozent senken?

Das Herzstück jeder Anlage sind die Ventilatoren. In alten Anlagen treiben wenig effiziente Elektromotoren über einen Zahnradriemen die Lüftungen an. Heutige Radiatoren benötigen weniger Teile und können frequenzgesteuert effizienter so viel Luft rein- und rausblasen, wie benötigt wird.

VENTILATOREN-PAPST. Mit die effizientesten Ventilatoren stammen von EBM-Papst. Sie sind wahre Wunderwerke der Technik und leider in der Schweiz fast doppelt so teuer wie in Dänemark.

Etwas Bewegung in den Markt bringt möglicherweise das deutsche Unternehmen Rosenberg. Es liefert neue Einsätze für alte Lüftungsanlagen. Der deutsche Wirtschaftsminister Peter Altmaier lobt das Produkt.

Jede Schulklasse der Schweiz müsste im Quartier, das man ihr zuteilt, die vorhandenen Lüftungsanlagen aufnehmen und ihre Datenblätter einsammeln. Bereits die Ankündigung dieser Hausbesuche würde bei den wenig renovationsfreudigen Besitzerinnen und Besitzern Panik auslösen. Niemand lässt sich von Schülerinnen und Schülern gerne in die Karten schauen.

In der Schule könnte man sich theoretisch auf diese Masseninspektion vorbereiten. Fragestellung: Eine Anlage aus dem Jahr 1990 verbraucht pro Jahr 50 000 Kilowattstunden Strom. Der Einbau neuer Ventilatorenelemente erhöht den Wirkungsgrad von 35 auf 60 Prozent. Der Strompreis pro Kilowattstunde beträgt 18 Rappen. Die Lebensdauer der Ventilatoren beträgt 20 Jahre. Wie viel Strom und wie viel Geld spart der dringend gebotene Umbau? Und in welcher Zeit hat er sich amortisiert?

Die Antwort: Das Retrofitten erspart in 20 Jahren 100 000 Liter Öläquivalent. Die Zusatzfrage: Warum in aller Welt passiert wenig bis nichts?

WAHRE WUNDERWERKE: Mit effizienten Ventilatoren könnte die Umwelt durchatmen. FOTO: EBM-PAPST

LINKS ZUM THEMA:

- **rebrand.ly/venti** Das Video zeigt auf, wie der Ausbau der alten Ventilatoren und der Einbau der neuen Ventilatoren samt Steuerungen funktioniert. Im Tempo eines alten Charlie-Chaplin-Films.
- **rebrand.ly/venti-geld** In der Schweiz wird die Erneuerung von Lüftungsanlagen gefördert. Der Bund übernimmt bis zu 40 Prozent der Kosten. Für 20 Jahre alte Anlagen gibt es noch 15 Prozent. Der Ansatz ist suboptimal: Gefördert werden müsste die erzielte Energieeinsparung. Leider wird in der Schweiz Umweltschutz und Heimatschutz für das Gewerbe aufwendig verwoben und deshalb verwechselt.
- **rebrand.ly/schroecksnadel** Papa Schröcksnadel ist ein halber Klimaleugner. Er will die Fakten nicht zur Kenntnis nehmen. Wohl auch, weil viele seiner Skigebiete tief liegen und bedroht sind. Er muss die Banken beruhigen.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: **www.workzeitung.ch**

INSERAT

Das work-Frauen-Bilder-Lesebuch erzählt und zeigt:

- Der grosse Lohnbschiss an den Frauen in Franken und Rappen
- Wie aus Pussyhats auch #MeToo wurde
- Die Schweizer Frauenpower-Ikonen
- Das Frauenwunderland Island
- Das grosse Bundesrätinnen-Schrumpfen
- Auf dem Weg zum zweiten Frauenstreik

...und vieles andere mehr!

Ein Buch so bunt wie die Frauenbewegung!

Jetzt gratis bestellen per Mail an frauen@unia.ch oder brieflich an
Unia-Zentralsekretariat, Abteilung VIP, Postfach 272, 3000 Bern 15

Unfallversicherer entlastet Firmen: Steilpass für mehr Lohn

Diese Suva-Millionen gehören uns!

Die Suva entlastet die Firmen mit tieferen Unfallversicherungsprämien in Millionenhöhe. Jetzt fordert die Unia: Davon müssen auch die Arbeitnehmenden profitieren.

RALPH HUG

Darüber reden sie nie. Doch nächstes Jahr sparen die Arbeitgeber glatte 220 Millionen Franken ein. Ohne einen Finger zu rühren. Und im darauffolgenden Jahr 2020 werden sie gleich nochmals in ähnlicher Höhe entlastet. Die Suva macht's möglich. Die staatliche Unfallversicherung arbeitet so gut, dass sie im Geld schwimmt. Letztes Jahr erwirtschaftete sie eine hohe Rendite von 7,8 Prozent auf ihren Kapitalanlagen. Das Vermögen beträgt mittlerweile über 51 Milliarden Franken. Der Deckungsgrad stieg auf über 140 Prozent, die Reserven sind prallvoll. Nun kann man die Prämien

«Die Unfallversicherung ist ein Lohnbestandteil.»

BEAT BAUMANN, UNIA-ÖKONOM

senken. So geht überschüssiges Geld an die Versicherten zurück. Auch das ist ein Vorteil der nicht privaten Versicherung: das Geld fliesst zurück zu denen, die es auch einbezahlt haben, und nicht in die Taschen der Aktionärinnen und Aktionäre.

Biberli meint: «Merci, liebe Suva!»

GOLDRAUSCH: Schweizer Firmen können dank der Suva nächstes Jahr 120 Millionen einsparen. Deshalb müssen nun endlich die Löhne rauf.

ILLUSTRATION: ROLF WILLI

LOHNBESTANDTEIL

Nächstes Jahr senkt die Suva die Prämien für die Berufsunfallversicherung (BUV) sowie für die Nichtberufsunfallversicherung (NBU) um 15 Prozent (siehe Box). Das ergibt einen stattlichen Betrag von 520 Millionen Franken, nämlich 220 Millionen Franken in der BUV und 300 Millionen Franken in der NBU. Felix Weber, Vorsitzender der Suva-Geschäftsleitung, sagt: «Mit der Reduktion entlasten wir den Werkplatz Schweiz.» Weber spricht bewusst vom Werkplatz, da die Suva vor allem Beschäftigte im Baugewerbe und in der Industrie versichert. Im Dienstleistungssektor kommen dagegen private Versicherer zum Zug. Dort redet kaum jemand von Prämiensenkungen.

Die Verbilligung kommt zur rechten Zeit. Denn sie stärkt die Position der Arbeitnehmervertretungen in den Lohnverhandlungen. Unia-Präsidentin Vania Alleva sagt: «Der Suva-Rabatt von 15 Prozent vergrössert den Spielraum für Lohnerhöhungen.» Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer könnten nun nicht nur auf den guten Geschäftsgang in vielen Firmen hinweisen. Auch diese Prämienverbilligung schenkt jetzt noch ein. Es gibt also keine Ausreden mehr gegen substantiell höhere Löhne. Die Unia fordert für ihre Branchen bekanntlich 2,5 Prozent mehr (work berichtete: **rebrand.ly/lohnwende).**

«Die Forderung der Unia ist durchaus berechtigt.»

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG

Gute Argumente sprechen dafür, dass die Arbeitgeber die Entlastung in der BUV an die Arbeitnehmenden weitergeben. Unia-Ökonom Beat Baumann sagt: «Die obligatorische Unfallversicherung ist ein Lohnbestandteil. Wenn die Arbeitgeber entlastet werden, müssen sie dies an die Arbeitnehmenden weitergeben.» Sogar die «Neue Zürcher Zeitung» räumt ein: «Die Forderung der Unia ist durchaus berechtigt.» Das Blatt, das gewöhnlich dem Kapital dient, schätzt, dass die billigere Prämie für 2019 pro Versicherten etwa 250 Franken ausmacht.

JURISTEN-EINWAND STICHT NICHT

Beim Arbeitgeberverband schrillen die Alarmglocken, ihm passt die Sache nicht. Er wischt sie vom Tisch: Die Arbeitnehmenden hätten keinen Anspruch auf eine Rückvergütung von Teilen der Lohnnebenkosten. Die Versicherungsprämien gehörten zu den Lohnnebenkosten wie die Sozialabzüge der AHV und der Pensionskasse. Doch der Juristeneinwand geht fehl. Denn die Suva verteilt ja kein Geld. Es gibt keine Rückvergütung, sondern eine Prämiensenkung. Was die Firma dabei einspart, soll sie an die Beschäftigten weitergeben, am besten in Form von höheren Löhnen. Das ist die Forderung der Gewerkschaft Unia.

Neu sind solche Prämienerleichterungen übrigens nicht. Schon 2007 entlastete die Suva dank guten Geschäften die Betriebe mit 300 Millionen Franken. Und bis 2013 senkte sie die Prämien sechs Mal in Folge. Möglich ist dies durch den Erfolg der Präventionskampagnen. Die Unfälle in den Betrieben nehmen ab. Hingegen nehmen jene in der Freizeit ständig zu.

Gut zu wissen: Wer zahlt die Unfallversicherung?

Sowohl die Berufsunfallversicherung (BUV) als auch die Nichtberufsunfallversicherung (NBU) sind obligatorisch. Die eine versichert Unfälle am Arbeitsplatz, die andere solche in der Freizeit. Während die Firmen die BUV-Prämien bezahlen, geht die NBU-Prämie zulasten der Arbeitnehmenden. In der Lohnabrechnung erscheint sie als Abzug vom Bruttolohn. Oft sind es 1,1 Prozent des Lohns. Der Abzug ist nicht überall gleich, weil die Suva jeden Betrieb nach Risikoklasse einstuft. So beträgt die NBU-Prämie für Schreinereien 2,06 Prozent, für Gipser 2,16 Prozent, für Brauereien 1,21 Prozent und für Transporteure 1,96 Prozent.

TIEFERE PRÄMIE. Wenn die Suva nächstes Jahr die Prämien um 15 Prozent senkt, so muss der Abzug auf der Lohnabrechnung ab Januar 2019 kleiner sein als bisher. Für die Unia-Berufe im Baugewerbe und in der Industrie macht der Rabatt 0,18 bis 0,32 Lohnprozente aus. In Ausnahmefällen kann es sein, dass die Prämie gleich oder sogar höher liegt, dies wegen der speziellen Risikolage. Am besten, Sie erkundigen sich bei Ihren Vorgesetzten. Auch um zu verhindern, dass eine tiefere Prämie «vergessen» geht. (rh)

Coop ist geizig

BERN. Coop will 2019 die Lohnsumme um ein Prozent erhöhen – aber nicht alle werden profitieren. Der Detailhändler will nur individuelle Lohnerhöhungen vornehmen. Die Forderung der Gewerkschaften nach einer generellen Lohnerhöhung für alle lehnt er ab. Deshalb brachten die Lohnverhandlungen keine Einigung. Angesichts der positiven Geschäftsentwicklung von Coop sei das enttäuschend, kritisiert Anne Rubin von der Unia: «Vor allem langjährige Mitarbeitende werden jetzt leer ausgehen. Viele von ihnen haben seit Jahren keine Lohnerhöhung bekommen.» Ihnen droht unter dem Strich sogar ein Einkommensverlust. Denn aufs nächste Jahr erhöht Coop die Lohnabzüge für die Pensionskasse um 0,7 Prozent.

LAUSIG: Keine generelle Lohnerhöhung bei Coop. FOTO: KEYSTONE

Streikverbot verboten

FREIBURG. Die rechte Mehrheit des Freiburger Kantonsparlaments wollte im neuen Staatspersonalgesetz sämtlichen Angestellten von öffentlichen Gesundheitseinrichtungen das Streiken ausnahmslos verbieten. Daraus wird jetzt nichts. Das Bundesgericht hat eine Beschwerde gegen das neue Gesetz gutgeheissen. Das Gericht sah durch diesen kantonalen Antistreikartikel das in der Bundesverfassung (Artikel 28) festgelegte Streikrecht verletzt. Die Beschwerde eingereicht hatten zwei Pflegende des Kantonsspitals, die vom VPOD unterstützt wurden.

Druckerei-GAV: Urlaub für Väter

BERN. Druckereien dürfen neu den Zuschlag für Nachtarbeit im Zeitungsdruck von bisher 70 auf 50 Prozent senken. Das sieht der neue Gesamtarbeitsvertrag (GAV) der grafischen Industrie vor, auf den sich die Sozialpartner geeinigt haben. Immerhin: Wer schon heute Nachtarbeit leistet, profitiert weiterhin vom höheren Zuschlag. Neu im GAV ist dagegen ein Vaterschaftsurlaub von 20 Tagen. Davon sind 10 Tage bezahlt, für die anderen 10 haben die Angestellten Anspruch auf unbezahlten Urlaub.

Ein GAV für Velokuriere

BERN. Jahrelang haben sie verhandelt, jetzt ist eine Einigung da: Die Gewerkschaft Syndicom hat mit den Arbeitgebern einen Gesamtarbeitsvertrag für Velokuriere ausgehandelt. Über 1000 Kurierinnen und Kuriere in der Schweiz werden davon profitieren. Jetzt müssen die Gremien der Sozialpartner dem Vertrag zustimmen. Aber für die Syndicom ist schon jetzt klar: Der Vertrag soll so bald wie möglich allgemeinverbindlich werden. Damit auch ausländische Grosskonzerne wie Deliveroo oder Foodora in der Schweiz anständige Löhne zahlen müssen.

Verhandlungen CH – EU

Wer hat's verbockt?

Wer hat das Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU vermasselt? Das wird die Frage sein, sollten die Verhandlungen für den wünschenswerten Staatsvertrag nun auf Eis gelegt werden. War es Paul Rechsteiner, der «sture» Gewerkschafter, wie viele

Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

Medien jetzt behaupten? Nein, denn er hat nur einen schlechten Deal verhindert, der den Lohnschutz abbauen wollte. Einen Deal, der überdies an der Urne gescheitert wäre.

POKER UND FAKE. Verbockt haben es andere: Stefan Brupbacher, FDP-Generalsekretär und Strippenzieher von Bundesrat Johann Schneider-Ammann. Bundesrat Ignazio Cassis, der «Praktikant» im Aussendepartement. Und Roberto Balzaretti, der flunkernde Chefunterhändler. Sie alle wussten, dass gegen Ende der Verhandlungen zwei oder drei Knacknüsse übrigbleiben würden. Ihr Poker: Wir geben beim Lohnschutz nach, dann wird die EU auch zurückkrebsen. In der Öffentlichkeit begannen sie die Acht-Tage-Regelung schlechtzureden. Hintenrum verbreiteten sie die Lüge, die Gewerkschaften würden sich am Lohnschutz bereichern. In vertraulichen Gesprächen log Balzaretti, alle Differenzen mit der EU seien ausgeräumt, die Schweiz müsse nur noch beim Lohnschutz nachgeben. Das glaubten ihm sogar einige gutgläubige Genossen der SP Schweiz. Nun ist der Fake aufgeflogen, es liegen nach wie vor mehrere Knacknüsse auf dem Tisch.

Verbockt haben es Cassis, Brupbacher & Co.

NEBELPETARDEN. Verbockt haben es auch die Verhandler der EU. Sie liessen sich von süddeutschen Patrons einspannen, die sich bei Aufträgen in der Schweiz über die Kontrollen und Strafen ärgern. Kunststück, bei einem von drei Aufträgen werden sie bei Regelverletzungen erwischt! Nun behaupten diese Patrons, der Schweizer Lohnschutz sei unverhältnismässig und verletze EU-Regeln. Ihr Anwalt, der CDUler Andreas Schwab, plappert gar die Lüge über die sich bereichernden Gewerkschaften nach. Aber das alles sind Nebelpetarden. Unverhältnismässig sind nicht die Kontrollen, es ist das häufige Dumping durch die Patrons. Der Europäische Gewerkschaftsbund zeigt Punkt für Punkt auf (Details auf: **rebrand.ly/flankierende),** warum die flankierenden Massnahmen nötig sind, um den hohen Risiken des Lohndumpings in der Schweiz zu begegnen. Sie widersprechen deshalb auch nicht den EU-Regeln.

UNIA online

Arbeiten Sie an einer Selbstbedienungskasse?

Die Unia macht eine Umfrage beim Kassenpersonal von Self-Checkout- und Self-Scanning-Kassen. Was denken Sie darüber? Wo gibt's Handlungsbedarf? Machen Sie mit:
www.unia.ch/umfrage-sco

Brasiliens Oberschicht revanchiert sich

Bolsonaros neoliberale Diktatur

Brasilien hat gewählt: den Faschisten Jair Bolsonaro. Der Donald-Trump-Macher, Steve Bannon, hatte seine Hand im Spiel.

OLIVER FAHRNI

JAIR BOLSONARO: Will Brasilien säubern und 30 000 Menschen umbringen. FOTO: KEYSTONE

30 000 will er umbringen lassen, «in der grössten Säuberung Brasiliens»: Gewerkschafterinnen, Sozis, landlose Landarbeiter, Umweltschützer, Professoren und Denkerinnen, schwarze Bürgerrechtler «und anderes Gesocks». Die Zahl hat der neue brasilianische Präsident Jair Bolsonaro bewusst gewählt: 30 000 Menschen wurden unter der Militärdiktatur in Argentinien (1976–1983) massakriert.

RASSIST UND SEXIST

Bolsonaro, 63, ist ein Mann von schlichtem, doch brutalem Gemüt. In der Armee nannten sie ihn «Hauptmann Hass». Er ist ein Nostalgiker der brasilianischen Militärdiktatur (1964–1985). Er ist erklärter Rassist (schwarze Parlamentarier spricht er als «Neger» an), bigotter Evangelist, Frauenverächter und «stolzer» Schwulenhasser. Und er will die Armen «kastrieren», er verehrt den Mann, der die 2016 abgesetzte Staatspräsidentin Dilma Rousseff folterte, und liebt Duque de Caxias, der im 19. Jahrhundert die Sklavenrevolten Brasiliens im Blut erstickt hatte. «Ohne Frage ein Neonazi», analysiert der brasilianische Psychoanalytiker Heitor O'Dwyer de Macedo auf seinem Blog. Er fürchtet, das Land werde «zum weltweiten Hauptquartier der Neonazis». Bereits zurück ist die Militärdiktatur. Vier Generäle wurden zu Ministern gekürt. Donald Trump, Italiens Vizepremier Matteo Salvini und die französische Neofaschistin Marine Le Pen gratulierten. 27 Jahre lang bummelte «Hauptmann Hass» als Hinterbänkler im Parlament. Ungehört pöbelte er gegen den früheren Gewerkschafter und linken Präsidenten Lula und die Regierung der Partei der Arbeit (PT). Sie hat zwischen 2003 und 2011 einiges gegen die horrende Ungleichheit im Land getan.

Konzernchefs, Bankiers und Grossgrundbesitzer hatten die ultrarechte Wende aufgebaut.

BOLSONARO UND BANNON

Doch 2016 hatte die brasilianische Oligarchie genug und setzte Lulas Nachfolgerin Dilma Roussef mit einem «parlamentarischen Staatsstreich» ab. Ihr Nachfolger Michel Temer demontierte sofort diverse soziale Errungenschaften. Die Ungleichheit in der zehntgrössten Wirtschaft der Welt stieg wieder rasch an. Der unbeliebte Temer und die bürgerlichen Parteien wären in dieser Wahl krachend gescheitert. Umfragen zeigten: Lula, der wegen Korruption im Gefängnis sitzt, lag vorne. Doch er kam nicht frei, und Brasiliens Konzernchefs, Bankiers und Grossgrundbesitzer, die einen scharfen sozialen Rassismus kultivieren, hatten begonnen, die ultrarechte Wende aufzubauen. Bolsonaro flossen Millionen zu, unter anderem von einem brasilianischen Mitbesitzer der Warenhauskette Carrefour. Längst hatte auch Steve Bannon, der Trump-Macher, seine Hände im Spiel. Bannon montierte Bolsonaros Lügen («Lulas Anhänger fressen Kinder») und mobilisierte das Geld der US-Ultrarechten im Internet. Bolsonaro verweigerte jede öffentliche Debatte, seine Social-Media-«Freunde» aber schnellten von 157 Personen auf 15 Millionen hoch.

MANGEL AN ALTERNATIVEN

Die Soziologin Maria das Campos Machado von der Uni Rio de Janeiro sagt, evangelische Sekten, deren Macht rasch wächst, hätten Bolsonaro zu ihrem Heilsbringer gemacht. Und noch unter Temer begannen rechte Milizen ihren Terror, und die Militärpolizei bekam freie Hand für ihre Überfälle auf Dokumentationszentren in den Hochschulen und auf jede Opposition. Die brasilianische Historikerin Maud Chirio sagte der französischen Tageszeitung «Libération»: «50 Prozent der Brasilianer sehen die Entwicklung mit Entsetzen.» Aber es gebe heute eine hohe Zustimmung für ein autoritäres Regime. Die Militärdiktatur vor 1985 entfalte keinen Schrecken, weil Lula und die PT «diese Verbrechen nie richtig aufklären wollten». In Kompromissen Lulas mit der Oligarchie sehen zwei bekannte Ökonomen, die jetzt nur noch anonym sprechen wollen, einen weiteren Grund für «den Mangel an glaubwürdigen Alternativen. Lula hat die Klassenfrage nie gestellt.»

Jair Bolsonaro persönlich sei wohl ein Faschist, meinen die Ökonomen, das «Regime, das hinter ihm entsteht» sei aber «weit schlimmer», wie die Figur von Chefberater Paulo Guedes zeige: «Hier wird die neoliberale Diktatur gebaut.» Brasilien, notiert die Politbloggerin Anaïs Voy-Gillis, liege damit in einem «weltweiten Trend».

Nach ihrem Sieg vor Gericht fordert die Ärztin Natalie Urwyler:

«Spitäler, lasst eure Löhne durchleuchten!»

FOTO: OLIVIER LOVEY

NATALIE URWYLER: Noch hängig ist die Klage der Ärztin gegen Lohndiskriminierung.

Ärztinnen verdienen systematisch weniger als Ärzte, zeigt eine neue Studie. Und zwar fast einen Drittel.

CHRISTIAN EGG

Nur dank der Prahlerei der Männer merkte die Ärztin Natalie Urwyler, dass sie deutlich weniger verdiente als ihre männlichen Kollegen. Das erste Mal vor 15 Jahren, als Assistenzärztin am Berner Inselspital. «Beim Feierabendbier merkte ich: Ein Kollege, der gleich alt war und gleich qualifiziert, verdiente mehrere Hundert Franken mehr pro Monat.»

LOHNKLAGE. Als sie beim Spital nachfragte, stellte sich heraus: Sie war irrtümlicherweise zwei Lohnklassen zu tief eingeteilt worden. Das Spital zahlte ihr den Lohn nach. Alles gut also? Nein, sagt Urwyler. Denn später habe sie wieder weniger verdient als ihre Kollegen. Die heute 44jährige errang kürzlich einen Durchbruch: Das Berner Obergericht hob ihre Kündigung durch das Inselspital auf (work berichtete **rebrand.ly/SiegfuerdieFrauen).** Noch hängig ist der zweite Teil von Urwylers Klage gegen das Spital. Wegen Lohndiskriminierung. «Die habe ich erlebt und kann sie auch beweisen.»

Beim Feierabendbier merkt sie: Der Kollege verdient mehrere Hundert Franken mehr.

Jetzt bestätigt eine Studie des Bundesamts für Gesundheit: Ärztinnen verdienen systematisch weniger als Ärzte. Und zwar im Schnitt 29 Prozent, also fast einen Drittel. Auch der Verband der Assistenz- und Oberärztinnen und -ärzte VSAO stellt fest: «Innerhalb der Lohnbänder, wie es sie in vielen Spitälern gibt, bestehen oft Unterschiede, die nicht erklärbar sind.»

Lohnanalysen in den Spitälern könnten Abhilfe schaffen. Im Programm «Engagement Lohngleichheit» des Bundes haben rund 40 Firmen und Verwaltungen das getan. Kein einziges Spital ist darunter. Auch der Verband H+ kann auf Anfrage kein Spital nennen, das eine derartige Analyse durchgeführt hätte.

Für Natalie Urwyler unverständlich. «Alle Spitäler müssen jetzt eine solche Analyse machen», sagt sie. «Es gibt keinen Grund, es nicht zu tun.»

Glasgow: Grösste Lohngleichheits-Demo seit Jahrzehnten

Enough von diesem Shit, sagen die Schottinnen

Das öffentliche Lohnsystem im schottischen Glasgow diskriminiert Frauen. Jetzt gehen sie auf die Strasse.

PETER STÄUBER, LONDON

«Eigentlich ist es eine Schande, dass wir hier stehen müssen», sagt Ingrid Bain. Die 50jährige Gewerkschafterin ist seit sechs Uhr früh im schottischen Glasgow unterwegs, sie geht von einem Streikposten zum nächsten, um ihre Kolleginnen zu unterstützen. Im Hintergrund hupen die Autos, signalisieren so ihre Zustimmung. «Die Solidarität, die wir hier sehen, ist phantastisch», sagt Bain – aber sie findet es bedauerlich, dass sie überhaupt streiken müssen: «Dass wir im Jahr 2018 noch immer für einen fairen Lohn für Frauen kämpfen müssen, ist doch Scheisse.»

Der Streik in der schottischen Metropole war der grösste seit Jahrzehnten: Über 8000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtbehörde, Glasgow City Council, haben für 48 Stunden die Arbeit niedergelegt. Sie wollen damit erreichen, dass eine jahrelange Auseinandersetzung um unfaire Bezahlung von Frauen endlich endet. Gewerkschafterin Bain erklärt: «Im Kern geht es darum, dass sogenannte Frauenjobs nicht gleich bezahlt werden wie Männerjobs.» Denn Arbeit, die mehrheitlich Frauen erledigen, wird von der Stadtbehörde tiefer bewertet als Arbeit, in denen mehrheitlich Männer arbeiten.

ZAHLTAG, JETZT! Frauen fordern von der Stadtbehörde in Glasgow, dass sie endlich gleiche Löhne wie ihre männlichen Kollegen bekommen. FOTO: GETTY IMAGES

SYSTEMATISCH DISKRIMINIERT

2006 führte die Stadt ein neues Lohnsystem ein, das dafür sorgen sollte, dass Frauen und Männer für gleichwertige Arbeit den gleichen Lohn erhalten. Aber gerade dieses System verstärkte die Diskriminierung gegenüber Frauen noch: In Jobs, in denen überwiegend Frauen arbeiten – in der Kranken- und Altenpflege, im Reinigungsdienst oder in der Gastronomie –, lag der Stundenlohn bis zu 3 Pfund tiefer als in männerdominierten Stellen wie der Ghüderabfuhr. Dafür gibt es mehrere Gründe. So wird Mitarbeitenden, die mehr als 37 Stunden pro Woche arbeiten, ein höherer Lohn bezahlt. Aber weil die meisten Frauen knapp darunterliegen, profitieren sie nicht von diesen höheren Tarifen.

Gewerkschafterin Bain beispielsweise hat zwei Teilzeitstellen, beide bei der Stadt. Sie ist Putzfrau in einer Primarschule und serviert zudem Essen in einer Schulkantine. Insgesamt arbeitet sie 28 Stunden pro Woche – und bekommt dafür gerade mal 11 000 Pfund pro Jahr (gut 14 000 Franken). «Ich arbeite echt hart für mein Geld. Um 5 Uhr früh steh ich auf, arbeite bis um 8 Uhr im Reinigungsdienst, gehe zurück nach Hause und bringe meinen Sohn zur Schule. Dann gehe ich zu meinem zweiten Job in der Kantine.» Und während unangenehme oder gefährliche Arbeit normalerweise besser bezahlt wird, erhält Bain kein Extrageld, obwohl das Putzen teilweise sehr eklig ist. Dies nur deshalb, weil hauptsächlich Frauen im Reinigungsdienst arbeiten. Die Ungerechtigkeit des neuen Lohnsystems war offensichtlich, und so dauerte es nicht lange, bis die Angestellten begannen, die unfaire Bezahlung mit Hilfe ihrer Gewerkschaften gerichtlich anzufechten. Im Sommer 2017 erhielten sie schliesslich recht – und die Stadtverwaltung erklärte sich bereit, den Frauen eine Kompensation zu zahlen. Die Summe wird auf über 500 000 Pfund geschätzt. Monatelang wurden Gespräche geführt, aber passiert ist bislang wenig. Also entschlossen sich die Frauen zum zweitägigen Streik.

«Dass wir 2018 noch immer für einen fairen Lohn für Frauen kämpfen müssen, ist doch Shit.»

INGRID BAIN, REINIGUNGSANGESTELLTE

GROSSE SOLIDARITÄT

«Wir verlangen lediglich, dass wir gleichbehandelt werden wie die Männer», sagt Bain. «Selbst wenn mein Stundenlohn nur um ein Pfund höher wäre, hätten ich und meine Familie zusätzliche 1500 Pfund pro Jahr zur Verfügung. Für jemanden, der für einen tiefen Lohn arbeitet, macht das einen riesigen Unterschied.» Wie gross die Zustimmung zum Protest der Frauen ist, zeigte sich am zweiten Streiktag: Ghüdermänner und Strassenputzer weigerten sich, zur Arbeit zu gehen und stellten sich stattdessen neben die Frauen.

Lohngleichheit: Gesetzlich ja, faktisch nein

PIONIERINNEN: Näherinnen des Ford-Autowerks erringen das Lohngleichheitsgesetz von 1970 in Grossbritannien. FOTO: ALAMY

Im Sommer 1968 begannen die weiblichen Angestellten des Ford-Autowerks in London einen der folgenreichsten Arbeitskämpfe in der britischen Geschichte. Das Unternehmen kündigte an, dass Frauen, die Sitzbezüge zusammennähten, 15 Prozent weniger Lohn erhalten sollten als Männer. Begründung: Die Arbeit erfordere weniger Geschick. Deshalb gingen die Näherinnen in den Streik. Der Arbeitskampf – verewigt im britischen Kinohit «Made in Dagenham» – führte schliesslich zum Lohngleichheitsgesetz von 1970. Seither muss in Grossbritannien gleicher Lohn für gleiche Arbeit bezahlt werden.

SKANDALÖS. Aber Diskriminierung am Arbeitsplatz ist auch fünfzig Jahre später noch Realität. Frauen in Vollzeitjobs verdienen im Durchschnitt rund 9000 Pfund weniger als Männer. Gründe für die Lohndiskriminierung gibt es viele, sagt die Fawcett Society, eine Organisation, die sich für Gleichstellung einsetzt: Frauen kümmern sich um Kinder und alte Verwandte und sind deshalb mit grösserer Wahrscheinlichkeit in den schlechter bezahlten Teilzeitstellen beschäftigt. Zudem sind Frauen im Niedriglohnsektor überdurchschnittlich vertreten, und schliesslich werden Mütter am Arbeitsplatz diskriminiert. (ps)

la suisse existe

Jean Ziegler

KONZENTRATIONS-LAGER MORIA

Der Herbststurm «Zorbas» fegte über die Ägäis. Am schlimmsten wütete er auf der Insel Lesbos. Dort steht Moria, das weitaus grösste Flüchtlingslager auf griechischem Boden. Auf einem kargen, steilen Hügel über der Inselhauptstadt Mytilini steht die alte Kaserne. Sie beherbergte anfänglich weniger als 1500 Menschen, heute sind es über 8000. «Zorbas» zerriss Zelte, verwüstete Baracken und bedeckte Matratzen, Küchen, Latrinen mit Schlamm und Wasser. Die Ärzte und Krankenschwestern der Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen machten Fotos von vor Kälte zitternden Kindern, die unter offenem Himmel oder in zerstörten Baracken auf durchnässten Matratzen lagen; von abscheulichen Fäkalienströmen, die aus den Latrinen flossen; von Menschen, die hilflos und hungrig für ein warmes Essen Schlange standen. All diese Bilder stellte die Hilfsorganisation ins Internet.

Viele Tausend Flüchtlingsfamilien stehen in Moria vor einem fürchterlichen dritten Winter.

NATIONALE SCHANDE. *Filippo Grandi, der temperamentvolle, energische Uno-Hochkommissar für Flüchtlinge, sah in Genf die Fotos, bestieg das nächste Flugzeug nach Athen und versuchte, dem griechischen Verteidigungsminister Panos Kammenos ins Gewissen zu reden. Denn die Flüchtlinge sind mehrheitlich in Militäranlagen untergebracht. Und das Militär sollte die Versorgung mit Nahrung und Trinkwasser übernehmen.*
Griechenland hat unter der Schuldknechtschaft, die ihm von der EU zur Profitsicherung vornehmlich deutscher Gläubigerbanken aufgezwungen worden ist, schrecklich gelitten. Die Brüsseler Schuldenpolitik ist ein Verbrechen am griechischen Volk. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass verschiedene Ministerien der Regierung Tsipras immer noch bis auf die Knochen korrupt sind. Selbst Kyriakos Mitsotakis, der Chef der konservativen Opposition, bezeichnet die Flüchtlingslager als «eine nationale Schande». Und mein Freund und Kollege, der Soziologe Meletis Meletopoulos, schrieb mir kürzlich: «Moria? Ein Konzentrationslager.»

AKUTER PERSONALMANGEL. *Die EU hat Griechenland für den Unterhalt der Flüchtlinge in den letzten drei Jahren eine Milliarde Euro überwiesen. Seit 2017 ermittelt das EU-Amt zur Betrugsbekämpfung (Olaf) gegen griechische Minister.*
Das Konzentrationslager Moria ist ein sogenannter Hotspot. Beamte verschiedener Länder sollen dort unter EU-Aufsicht die Asylgesuche der ankommenden Flüchtlinge prüfen. Das Problem: Die Asylverfahren gehen wegen akuten Personalmangels nur sehr schleppend voran. Viele Tausend Flüchtlingsfamilien sehen deshalb in Moria einem fürchterlichen dritten Winter entgegen.
Die griechischen Flüchtlingslager gehören schleunigst aufgelöst. Die Schweiz wird der EU noch in diesem Jahr einen Kohäsionsbeitrag von gut einer Milliarde Franken zahlen. Der Bundesrat sollte unbedingt verlangen, dass zumindest ein Teil unserer Steuergelder für die Umsiedlung der gepeinigten Flüchtlinge verwendet wird.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor.

Mit Schnauz, Mut und Beharrlichkeit

Paul for ever

FRISCH IM NATIONALRAT: Paul Rechsteiner mit Bundesrat Arnold Koller. Auch der Schnauz ist schon da, 1989.

FICHEN FRITZ: Rechsteiner und Hansjörg Braunschweig, Catherine Weber, Peter Hug, Karl Lang gegen den Fichenstaat, 1989.

PETER UND PAUL: Rechsteiner und Peter Bodenmann wach und schnell genug unterwegs, 1997.

BRUDERER-KUSS: Rechsteiner begrüsst Parteigenossin Pascale Bruderer, 2007.

AVANTI! Rechsteiner am Streik bei den Büezerinnen und Büezern der Officine von SBB Cargo in Bellinzona, 2008.

PAUL IM STÖCKLI: Sensation des Jahrhunderts, ein roter Ständerat aus dem tiefschwarzen St. Gallen, 2011.

FOTOS: KEYSTONE (6), REUTERS (1)

HÄ? Bundesrat Johann Schneider-Ammann hört die Signale nicht, 2015.

Der oberste Gewerkschafter Paul Rechsteiner tritt ab und schaut zurück

«Ich hätte mir nie vorstellen können, SGB-Präsident zu werden»

Nach 20 Jahren an der Spitze des Gewerkschaftsbundes tritt Paul Rechsteiner zurück. Höchste Zeit für ein etwas persönlicheres Bilanz-Gespräch.

MARIE-JOSÉE KUHN

work: Paul Rechsteiner, 66, geboren in St. Gallen, Mutter Putzfrau, Vater Hilfsarbeiter, katholische Schule, Ministrant, dann Anwalt, mit 34 SP-Nationalrat, mit 46 Chef des Gewerkschaftsbundes, seit 2011 Ständerat. Habe ich was vergessen?
Paul Rechsteiner: Lassen wir das mal so stehen.

Sie haben eine Blitzkarriere hinter sich, sind Schnellredner, immer auf Draht. Laufen Sie eigentlich der Zeit weg, oder läuft die Zeit Ihnen weg?
Die Zeit ist endlich, das ist so, auch meine. Und was das Sprechtempo anbelangt: ich kann auch getragener reden, je nachdem, wo und mit wem ich rede.

Gehen wir mal in der Zeit ganz zurück, in Ihre Jugend. Wie wird man ein roter Paul im schwarzen St. Gallen?
Wie bei allen anderen hat auch bei meiner Politisierung das Milieu eine Rolle gespielt, in das ich hineingeboren worden bin. Ich wurde sehr früh dafür sensibilisiert, was Machtverhältnisse sind. Aber, für eine Politisierung braucht es nicht nur das Sein, sondern auch das Bewusstsein. Es war eine Aufbruchszeit, damals in den 1960er Jahren. Wir erlebten die erste Mondlandung, die Bürgerrechtsbewegung in den USA, all das war prägend. Erstmals gab es mehr Studierende als Bauern. Das war, soziologisch gesehen, ein grosser Umbruch. 1968 war ich sechzehn: Ich sehe noch die Bilder der beiden 200-Meter-Läufer John Carlos und Tommie Smith, wie sie an der Siegerehrung an der Olympiade die Faust erhoben. Das waren Protestsignale, die eine starke Wirkung hatten.

«Ich wurde sehr früh dafür sensibilisiert, was Machtverhältnisse sind.»

Bleiben wir noch einen Moment beim Sein: Sie sind ein Arbeiterkind. Wie haben Sie das erlebt?
Das ist auch heute noch so, wenn Kinder von unten kommen, zum Beispiel Migrantenkinder, dann spüren sie sehr schnell, wie die Gesellschaft strukturiert ist. Dass es ein Machtgefälle gibt. Und man gibt es ihnen auch zu spüren. Zum Beispiel in der Schule.

Das haben Sie erlebt?
Ich war ein guter Schüler und kam in die Lateinklasse. Dort dominierten Anwaltskinder oder Ingenieurskinder. In meinem familiären Umfeld, das mütterlicherseits ländlich geprägt war und väterlicherseits eher städtisch, also am Rande der Stadt, waren das Gymnasium oder gar ein Studium eigentlich nicht vorgesehen.

Sie haben mal gesagt, Sie seien auch vom Katholizismus beeinflusst worden. Wie denn?
In den 60er Jahren öffnete sich auch das katholische Milieu. Dort gab es einen Aufbruch. Ich wohnte im Osten der Stadt St. Gallen wie Niklaus Meienberg. Es war dasselbe katholische Milieu, nur hatte ich das Glück, dass mir das Kollegium erspart blieb. So konnte ich mich auch relativ früh von der Kirche lösen.

Sie gingen nach Berlin?
Ja, ich hatte mit dem Jusstudium in Freiburg begonnen, wollte meinen Horizont aber an einem politischen Brennpunkt erweitern. Also ging ich an die FU Berlin und studierte dort politische Ökonomie, von Marx bis zu Wissenschaftstheorie. Ich sah mir viel an und kam schliesslich ganz pragmatisch zum Entscheid, dass das Jusstudium doch das richtige sei. Berlin hat mich auch vor gewissen Irrtümern bewahrt.

Vor welchen denn?
In eine linke Sekte zu gehen und, kaum einer Kirche entronnen, schon der nächsten beizutreten.

Reden Sie von maoistischen oder trotzkistischen Gruppen?
Von den K-Gruppen, die es damals halt gab. Zurück in der Schweiz, war ich ein undogmatischer Linker. Ich trat zuerst der Gewerkschaft bei, dem VPOD, und dann der SP.

In den Gewerkschaften hat es aber etliche wichtige Figuren mit trotzkistischem Hintergrund: etwa die ehemaligen Unia-Co-Präsidenten Vasco Pedrina und Andreas Rieger oder Ihr ehemaliger Chefökonom Serge Gaillard. Mit ihnen haben Sie ja eng zusammengearbeitet.
Ja, ich schätze sie alle sehr und die Erfahrungen, die sie mitbrachten. Aber ich gehörte nie zu so einem Club.

Warum wurden Sie eigentlich Strafanwalt und nicht etwa Notar?
Ach, Notar, wie langweilig! Mich interessieren die gesellschaftlichen Gewaltverhältnisse, die sich etwa im Arbeitsrecht spiegeln oder eben im Strafrecht. Es gab damals in St. Gallen kein linkes Anwaltsbüro mehr, also gründeten wir wieder eins. Uns gelangen dann auch ein paar zentrale Durchbrüche: die Klage wegen des nichtexistierenden Frauenstimmrechts im Kanton Appenzell Innerrhoden etwa, die hatte meine Bürokollegin geführt.

Es ist sehr befriedigend, wenn man für Menschen ganz konkret was erreichen kann. Für ältere Arbeitnehmende etwa, die mit 58 oder 60 die Kündigung bekommen. Als Anwalt hat man eine ganz andere Verankerung in der Realität, als wenn man solche Probleme nur aus Papieren kennt.

Freunde von Ihnen sagen, Sie hätten ein grosses Herz für Menschen am Rande der Gesellschaft. Stimmt das?
Da mag meine Herkunft sicher eine Rolle spielen. Umgekehrt ist es auch höchst befriedigend, jemandem zum Recht zu verhelfen. Zu erleben, wie jemand, der am Boden ist, aufsteht und sich emanzipiert. Wenn Leute sich getrauen, für sich einzustehen. Schliesslich ist die Freiheit erst dann realisiert, wenn man sie auch gebraucht.

Einmal Anwalt, immer Anwalt: Sie haben stets Menschen verteidigt, auch ausserhalb Ihres Anwaltsbüros: als Mieterverbandspräsident, als Präsident der Anti-Apartheid-Bewegung …
… gegen Christoph Blocher, der unterstützte bis zuletzt das rassistische Regime in Südafrika …

… und den sind Sie bis heute auf der Gegenseite nicht los geworden. Sie gehören zu den Erstunterzeichnern des Dringlichen Appells gegen die sogenannte Selbstbestimmungsinitiative der SVP.
Gegen rechte Hetze, nationale Abschottung und Fremdenfeindlichkeit, gegen die Orbáns und Salvinis dieser Welt gibt es nur die Kraft der Solidarität. Daran hat sich seit dem 19. Jahrhundert nichts geändert. Man muss diese Solidarität nur immer wieder neu konkretisieren.

Auch der Gewerkschaftsbund war in Sachen Abschottung und Fremdenfeindlichkeit lange Zeit ja nicht ohne. Er unterstützte die Kontingentspolitik der Schweiz und sah die italienischen und spanischen Migrantinnen und Migranten als Bedrohung.
Richtig, den Gewerkschaften steckte lange die Fremdenfeindlichkeit aus der James-Schwarzenbach-Zeit in den Knochen. Es war die Zeit des Saisonnierstatuts, der Baracken-Schweiz. Dieser Fremdenhass hat die Gewerkschaften damals ja fast zerrissen. Doch dann ging die Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI) voran und öffnete sich für die italienischen und spanischen Migranten. Und zwischen 1998 und 2000 entwickelten wir dieses Modell des nichtdiskriminierenden Lohnschutzes, das wir immer noch haben: die flankierenden Massnahmen. Sie waren die Voraussetzung für das Ja zu den bilateralen Verträgen.

PAUL RECHSTEINER: «Ich kann auch getragen reden.» FOTO: KEYSTONE

workfrage: Was sagen Sie zu Rechsteiners Rücktritt als SGB-Chef?
Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema! Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe. E-Mail oder Brief an: **work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch**

An dieser Zauberformel «Bilaterale, aber nur mit flankierenden Massnahmen» haben Sie wesentlich mitgewirkt. Zusammen mit Peter Bodenmann. War das die Epoche, die man im Bundeshaus «Peter und Paul» nennt?
Nein, nein, das war früher. Ende der 80er Jahre, als Bodenmann noch nicht SP-Präsident war. Da waren ein paar Leute in der Partei, die frisch im Nationalrat und wach und schnell genug waren, um den Fichenskandal ins Rollen zu bringen. Fast eine Million Fichen hatte die Schnüffelpolizei im Geiste des Kalten Kriegs angelegt und Linke und Gewerkschafter überwacht. Von der Kopp-Affäre ging's nahtlos zur PUK EJPD und zum Durchbruch auf die Fichen mit der Grossdemonstration gegen den Fichenstaat vom 3. März 1990. Die Aufarbeitung dieses Skandals brachte die Bürgerlichen, allen voran die FDP, schwer ins Wanken. Das war die Zeit eines grossen Aufbruchs im Parlament.

Und wieso wollten Sie dann zu den Gewerkschaften?
Ich hätte mir nie vorstellen können, SGB-Präsident zu werden. Ich war aber früh auch gewerkschaftlich aktiv und hatte als Anwalt immer gewerkschaftliche Mandate geführt. Zum Beispiel das erste Lohngleichheitsurteil in der Privatwirtschaft. Es war der Fall einer Hilfsarbeiterin im St. Galler Rheintal, die weniger verdiente als ihr Kollege, obwohl sie mehr leistete. Wir konnten uns da schliesslich durchsetzen.

Wieso hätten Sie sich nie vorstellen können, Chef des Gewerkschaftsbundes zu werden?
Als ich 1986 in den Nationalrat kam, waren die Gewerkschafter der rechte Flügel der SP, Männer um Otto Stich. Die Wende und der Generationenwechsel in den Gewerkschaften gelangen erst mit der Wirtschaftskrise der 1990er Jahre. Mit der grossen Arbeitslosigkeit, mit den Angriffen der Rechten auf den Sozialstaat, Blocher wollte mit der AHV sogar an die Börse. Diese vollkommen neue Situation zwang die Gewerkschaften, die arg in die Defensive geraten waren, sich neu und offensiv aufzustellen. Sie mussten wieder mobilisierungsfähig, referendumsfähig und streikfähig werden. Die Gründung der Unia war ein Meilenstein auf diesem Weg. Anders als in anderen Ländern konnten wir die untersten Löhne verbessern, auch dank unseren Mindestlohnkampagnen.

«Gegen rechte Hetze und Fremdenfeindlichkeit gibt es nur die Kraft der Solidarität.»

Doch jetzt stehen die Löhne unter Druck. Der EU ist der Schweizer Lohnschutz ein Dorn im Auge.
Weil er der neoliberalen EU-Politik widerspricht. Neu war aber diesen Sommer, dass zwei freisinnige Bundesräte den Lohnschutz preisgeben wollen. Gegen die rote Linie des Gesamtbundesrates. Das ist gefährlich, da müssen wir radikal dagegenhalten.

Das haben Sie auch getan. Die Gewerkschaften verweigern seither das Gespräch mit Bundesrat Johann Schneider-Ammann über ein mögliches Rahmenabkommen mit der EU.
Dieser Vorwurf der Gesprächsverweigerung stammt ja aus der freisinnigen Propagandamaschine. Es hat nicht an Gesprächen mit den Bundesräten Cassis und Schneider-Ammann gefehlt. Nur: Jemand müsste irgendwann auch mal zuhören. Den Bruch haben wir herbeigeführt, weil das nicht geschah. Dann sagten wir, also fertig! Schluss! Wir machen nicht mit beim Projekt, den Schweizer Lohnschutz herunterzufahren.

Viele sagen jetzt, Sie seien neuerdings auf SVP-Linie. Nervt Sie das nicht?
Unsere Position ist jener der SVP diametral entgegengesetzt. Wir vertreten eine Position der Solidarität: Alle, die hier arbeiten, sollen Anspruch auf gleichen Lohn und gleiche Rechte haben. Die SVP hingegen macht auf fremdenfeindliche Hetze und Druck auf die Löhne.

Sie haben es erwähnt, Sie haben vor Jahrzehnten den ersten Lohngleichheitsprozess in der Privatwirtschaft geführt. Doch immer noch verdienen die Frauen in der Schweiz im Schnitt rund 20 Prozent weniger als die Männer. Was tun?
Es gibt Fortschritte bei der Lohngleichheit, aber sie genügen nicht. Ich denke, ein zweiter Frauenstreik ist überfällig.

Da ist jetzt auch der SGB gefordert. Die ehemalige SGB-Co-Chefin Christiane Brunner forderte jüngst im work ein SGB-Streiksekretariat und den Ausbau des bisherigen SGB-Frauensekretariats. Einverstanden?
Unser Kongress Ende November wird da sicher einen Startschuss setzen. Den ersten Startschuss gab ja schon die mächtige Frauendemonstration vom 22. September. Das war richtig schön, dort zu sein. Ein ermutigender Aufbruch.

Unia-Chefin Vania Alleva:

«Äusserst kluger und integrer Stratege»

«Paul ist immer an der Sache orientiert, mit einer absoluten Integrität und grosser Integrationsfähigkeit. Er hat im Unterschied zu vielen anderen in den Gewerkschaften nie Parteipolitik betrieben, sondern stets die Interessen des SGB vertreten und immer die Anliegen der Arbeitnehmenden in den Vordergrund gestellt. Sein Slogan ‹Gute Löhne, gute Renten› war bei ihm nie nur ein Wahlkampfslogan, sondern das Versprechen, das er Tag für Tag in die politische Realität umsetzt. Für eine Schweiz, die die Würde aller Arbeitnehmenden respektiert und ihre Rechte stärkt.

VORDENKER. Paul ist immer er selber geblieben – authentisch. Er verliert sich nicht, wie so viele andere, in den Eitelkeiten und im Opportunismus der Machtpolitik. Und dies zeichnet ihn aus in all seinem Wirken und Schaffen. Dabei geht er strategisch und taktisch äusserst klug vor. Paul ist ein politischer (Vor-)Denker, und er hat sich gleichzeitig – nebst all seinen gewerkschaftlichen, politischen und beruflichen Verpflichtungen und Engagements – sein Interesse an kulturellen, historischen und technologischen Entwicklungen wachhalten können.

HOFFNUNGSTRÄGER. Paul ist der Hoffnungsträger für Arbeitnehmende, sozial Engagierte, Kulturschaffende und sozial denkende Menschen aus der ganzen Schweiz. Er ist ein unermüdlicher und ambitionierter Kämpfer in einer gerechten Sache. Er hat dabei eine politische Vision und macht damit gute Politik. Er bringt diese den Menschen nahe. Es ist die Vision einer Gesellschaft der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität, in der ein jeder unveräusserliche Rechte hat, die auch unbedingt respektiert werden müssen.»

Ständerätin Karin Keller-Sutter:

«Einer, der bis in die Nachspielzeit kämpft»

«Wer Showtime will, ist bei Paul Rechsteiner an der falschen Adresse. Vielmehr ist er ein Politiker des Wortes. Einer, der bis in die Nachspielzeit kämpft, wenn er von einer Sache überzeugt ist. Diese Verlässlichkeit und Beharrlichkeit habe ich nicht nur bei unserem gemeinsamen Engagement für die Ostschweiz erlebt, sondern auch bei unseren sachpolitischen Auseinandersetzungen. Dabei politisiert er konsequent auf einer gewerkschaftlichen Linie. Diese entspringt seiner inneren Überzeugung und ist Teil seiner Identität.»

Pöstlerin und Buchautorin Katrin Bärtschi:

«Zwar Politiker, aber Klartexter»

«Meist ging und gehe ich an die 1.-Mai-Umzüge. Mehr als einmal war Paul der offizielle Redner. Und ich hörte zu, ob es nun schiffte, kalt war oder ob die Sonne schien. Ich kenne keinen wie ihn: zwar Karriere, zwar nationaler Politiker, aber ein Klartexter. Gescheit kam mir vor, was er sagte, fundiert und vor allem engagiert. Und er hatte nicht diesen Politikerton drauf, der so ermüdend ist wie der Predigerton in der Kirche. Ich fragte ihn an, ob er das Vorwort zu den 29 gelben Geschichten schreiben würde, einer von mir verfassten Sammlung von Pöstler- und Pöstlerinnenporträts. Er wollte Kostproben lesen, er wollte wissen, wer ich war, er schrieb das Vorwort. Ich freute mich. Und freue mich noch.»

FOTOS: ZVG (2), PARLAMENT.CH

Neuer Bericht über die Einkommensentwicklung beweist:

Krankenkasse frisst alles weg

Steigende Mieten und explodierende Krankenkassenprämien machen die Lohnfortschritte kaputt. Das zeigt der neuste Verteilungsbericht des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes.

CLEMENS STUDER

Die gewerkschaftliche Lohnpolitik der letzten Jahrzehnte hatte Erfolg: Dank der hartnäckigen Mindestlohnkampagnen sind in der Schweiz seit der Jahrhundertwende die tiefsten Löhne deutlich gestiegen – im Unterscheid zu vielen anderen europäischen Ländern. Unterdessen sind knapp die Hälfte der Arbeitnehmenden einem Gesamtarbeitsvertrag GAV mit Mindestlohn unterstellt.

Doch trotz den Verbesserungen bei den tiefsten Löhnen gab es für die grosse Mehrheit der Lohnabhängigen seit dem Jahr 2000 keinerlei Einkommensfortschritte mehr. Menschen mit tiefem Lohn haben heute immer noch ungefähr gleich viel verfügbares Einkommen wie vor 18 Jahren. Für jene mit mittlerem Lohn ist es nur leicht gestiegen. Dafür haben Best- und Superverdienende im Schnitt 4000 Franken mehr auf dem Konto: Monat für Monat. Ursache für die sich weiter öffnende Einkommensschere sind vor allem steigende Mieten und explodierende Krankenkassenprämien. Unia-Präsidentin Vania Alleva sagt: «Diese Einkommensschere ist ein Problem für den sozialen Zusammenhalt unseres Landes. Hier müssen wir dringend ansetzen.» Deswegen fordert die Unia in den diesjährigen Lohnverhandlungen generelle Lohnerhöhungen von 2 bis 2,5 Prozent. Und, so Alleva: «Es braucht höhere Prämienverbilligungen, so dass niemand mehr als 10 Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens für die Krankenkasse bezahlen muss.»

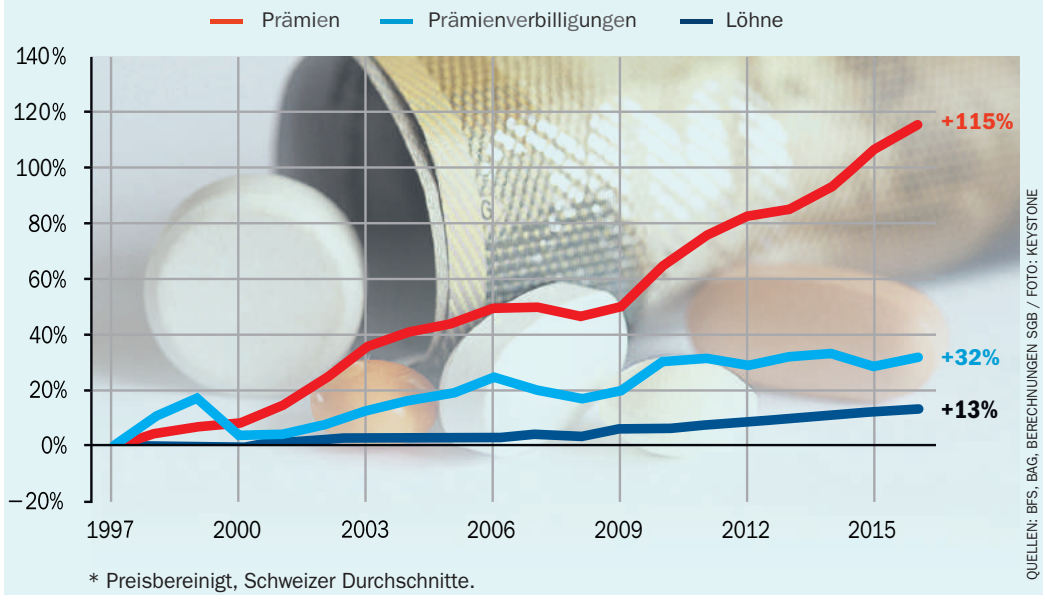
DIE UNTEN LEIDEN

Wie dringend das ist, zeigt die Entwicklung von Prämien, Prämienverbilligungen und Löhnen zwischen 1997, als das heute geltende Krankenversicherungsgesetz eingeführt wurde, und 2015: Die Prämien stiegen um 115 Prozent, die ausgerichteten Prämienverbilligungen bloss um 32 Prozent und die Löhne gar nur um 13 Prozent. Weil die Prämien nicht vom Einkommen abhängig sind, leiden die tiefen und mittleren Einkommen unter der Prämienlast ganz besonders. Ein Beispiel:

- Familien mit jungen Erwachsenen in Ausbildung bezahlen zwischen 12 Prozent (alleinerziehend mit einem Kind) und 16 Prozent (Paar mit zwei Kindern) ihres Einkommens für die Krankenkasse.

Im Vergleich mit dem Jahr 2000 werden zwar alle Einkommensklassen durch die Prämien höher belastet, am stärksten jedoch die tiefsten Einkommen.

So rasen die Prämien den Löhnen und Verbilligungen davon*



* Preisbereinigt, Schweizer Durchschnitte.

QUELLEN: BFS, BAG, BERECHNUNGEN SGB / FOTO: KEYSTONE

«Die Einkommensschere schadet dem sozialen Zusammenhalt unseres Landes.»

VANIA ALLEVA, UNIA-CHEFIN

- Für Alleinerziehende mit einem Kind lag 2000 die Prämienbelastung noch bei unter 5 Prozent, heute bereits bei knapp 9 Prozent.
- Paare mit zwei Kindern und einem Einkommen von 55 000 Franken bezahlten im Jahr 2000 noch 4 Prozent des Einkommens für Krankenkassenprämien, heute sind es bereits 11 Prozent.

REICHE IMMER REICHER

Nicht nur bei den Einkommen öffnet sich die Schere weiter, bei den Vermögen ist die Entwicklung noch dramatischer. Bei der Vermögenskonzentration belegt die Schweiz einen traurigen Spitzenplatz: In keinem Industrieland ist der Vermögensanteil der Reichsten so hoch wie bei uns. 2004 besassen 1 Prozent der Leute 35,4 Prozent aller steuerbaren Vermögen – zehn Jahre später waren es schon 41,2 Prozent. Diese enorme Zunahme der Vermögenskonzentration ist historisch einmalig für die Schweiz. Und beängstigend – geht es so weiter, gehört dem reichsten Prozent der Einwohnenden bereits mehr als die Hälfte des Vermögens.

Steuersenkungen: Für nicht Topverdienende ein grosser Flop

Weniger Steuern bezahlen tönt goldig – und die Rechten werben stets dafür. Doch für alle, die ein niedriges oder mittleres Einkommen haben, zahlt es sich nicht aus. Auch das zeigt der Verteilbericht einmal mehr auf. Zum Beispiel mit den nach Einkommensverteilung gewichteten und um die Lohnentwicklung bereinigten durchschnittlichen Steuersenkungen in den Kantonshauptorten zwischen 2000 und 2016. Praktisch alle Kantone haben in diesem Zeitraum die Steuern für Spitzeneinkommen stärker gesenkt als für mittlere Einkommen, ein Drittel der Kantone hat die Steuern auf mittlere Einkommen sogar erhöht und gleichzeitig Steuergeschenke an die Topverdienenden verteilt. Am buntesten trieben es hier die Kantone Obwalden, Schaffhausen, Solothurn, Thurgau und Uri.

SCHLECHTES GESCHÄFT. Oder ein weiteres Beispiel in absoluten Zahlen: Für alleinstehende Personen mit einem mittleren Lohn von 75 000 Franken (Progression berücksichtigt) sank die Steuerbelastung zwischen 1984 und 2012 im Durchschnitt um rund 240 Franken. Für Personen mit sehr hohen Löhnen sank die Belastung im gleichen Zeitraum um 50 000 Franken. Für alle nicht Topverdienenden sind Steuersenkungen also ein schlechtes Geschäft: was dem Staat an Steuereinnahmen fehlt, spart er ein, zum Beispiel bei den Prämienverbilligungen, oder holt es sich mit höheren Gebühren. (cs)

INSERATE

Wohnen im Grünen in der Siedlung Gründli

Grundweg 1/3 | 6460 Altdorf UR

Wohnung G3:	**3 Zimmer 1. OG, 62 m² (Grundweg 3)**
Mietzins:	**CHF 1050.–/Monat, zzgl. CHF 175.– NK**
Wohnung G1:	**4 Zimmer 1. OG, 74 m² (Grundweg 1)**
Mietzins:	**CHF 1150.–/Monat, zzgl. CHF 200.– NK**
Parkplätze:	**stehen für CHF 40.–/Monat zur Verfügung**
Verfügbarkeit:	**beide Wohnungen per sofort od. nach Vereinbarung**

Zivag Verwaltungen AG
Strassburgstrasse 11
8004 Zürich

Kontaktperson
Tristan Siegrist | 044 295 15 82
tristan.siegrist@zivag.ch

HIER UND JETZT
Verlag für Kultur und Geschichte

DAS BUCH ZUM GEDENKJAHR

DER LANDESSTREIK
Die Schweiz im November 1918
Roman Rossfeld, Christian Koller, Brigitte Studer (Hg.)
456 S., 110 Abb., gebunden
Fr. 49.–

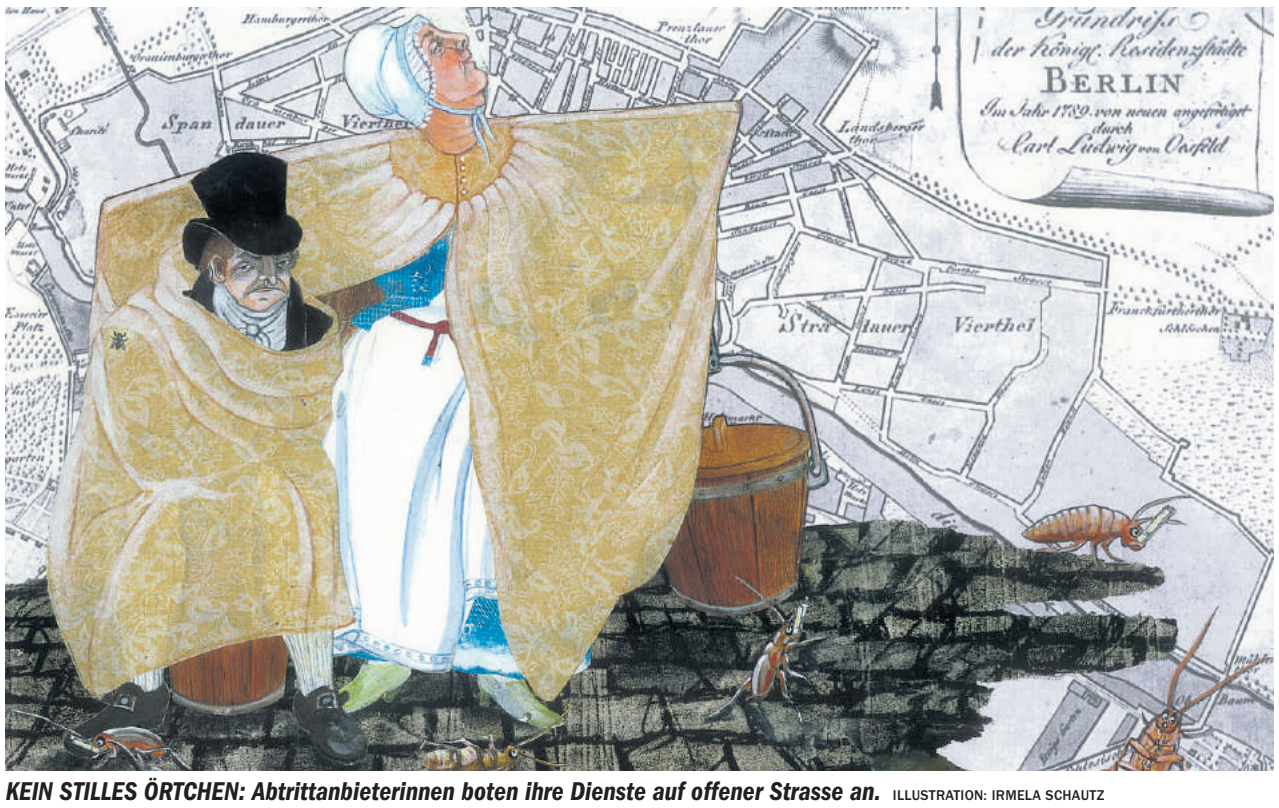
Kronengasse 20f, 5400 Baden, Tel. +41 56 470 03 00, Bestellungen: www.hierundjetzt.ch

Neues Taschenbuch: Der verschwundenen Arbeit auf der Spur

Von dämonischen Scharfrichtern und trinkfreudigen Glasmachern

Zifferblattstecherinnen, Turmwächter und Abtrittanbieter: In diesen Berufen haben unsere Vorfahren gearbeitet.

PATRICIA D'INCAU



KEIN STILLES ÖRTCHEN: Abtrittanbieterinnen boten ihre Dienste auf offener Strasse an. ILLUSTRATION: IRMELA SCHAUTZ

Auf seinen Wanderjahren machte der rheinische Handwerksgeselle Johann Eberhard Dewald eine Beobachtung, die ihn so sehr umtrieb, dass er sie aufschreiben musste. Dewald war in Frankfurt. Es waren die 1830er Jahre, der Messeplatz mit Menschen und Buden zugestellt. Im Gedränge: einige Frauen, «besonders merkwürdig», die unter einem weiten Umhang ein Schulterholz trugen. Links und rechts einen Kessel montiert. Ab und zu verschwand jemand unter dem Gewand. Dewald begriff: Das waren mobile Toiletten.

Fast hundert Jahre lang gab es den Beruf der «Abtrittanbieterinnen». Menschen, die als wandelnde WC die Gassen abklapperten, seit es den städtischen Bürgern verboten war, ihr Geschäft auf offener Strasse zu erledigen. Als dann die ersten öffentlichen Toiletten kamen, verschwanden die «Abtrittanbieterinnen» wieder. Nicht nur aus dem Stadtbild, auch aus dem Gedächtnis.

ABDECKER UND ZINNER

Der Österreicher Rudi Palla ruft sie wieder in Erinnerung. Der Schriftsteller, 1941 in Wien geboren, gilt als wichtiger Chronist «des Vergangenen, Verschwundenen, des Abseitsliegenden». Er gräbt und forscht in der Geschichte – vor allem der Arbeitergeschichte.

Pallas Spezialität sind Berufe, die es nicht mehr gibt. 1994 trug er sie zum ersten Mal zusammen in seinem Nachschlagewerk, die «Verschwundene Arbeit». Seither wurde es mehrmals erweitert und neu aufgelegt. Die jüngste Ausgabe: eine abgespeckte Variante im Taschenbuchformat, mit über 130 Berufsportraits, vergessenem Handwerkwissen und kuriosen Details. Angefangen bei den «Abdeckern» (auch «Wasenmeister»), die Tierkadaver einsammelten, Knochen und Fett für die Weiterverwertung ausnahmen und die Überreste unter Dreck begruben, also abdeckten. Bis hin zu den «Zinngiessern», die schlichtes Besteck für das Volk fertigten, prunkvolles Geschirr für das Bürgertum und opulente Sarkophage für die Adligen.

MODE UND MIGRATION

Während fast sechshundert Jahren gehörten die Zinngiesser zur Arbeitswelt. Im 20. Jahrhundert ist der Beruf ausgestorben. Wie die Schriftsetzer, Korbflechter und Laternenanzünder. Der technische Fortschritt hat sie schon lange ersetzt.

Nicht immer aber gab alleine die Technik den Ausschlag, ob ein Beruf blühte oder serbelte. Die Spiegler etwa profitierten vom Geltungsdrang preussischer Fürsten, die mit Frankreichs Sonnenkönig Ludwig XIV. wetteiferten. Der hatte sich im Schloss Versailles einen prächtigen Spiegelsaal einrichten lassen. Das war der Startschuss zur Spiegelmanufaktur.

Der Beruf des Perückenmachers hingegen verbreitete sich dank der Mode. Während Perücken zuerst als Standessymbol von Kirchenleuten und Adligen galten, wurden sie später auch vom städtischen Bürgertum getragen. Und zwar überall in Europa. Eine treibende Kraft war – nebst der Mode – die Migration. Die künstliche Haarpracht kam mit den Hugenotten, den frühen französischen Protestanten. Sie mussten vor Ludwig XIV. ins umliegende Ausland flüchten. Die Hugenotten brachten auch das Uhrenhandwerk in die Schweiz. In Genf wurde es erstmals fabrikmässig organisiert. Es kam zur Arbeitsteilung, neue Berufe entstanden: Gehäusemacher, Federmacher, Rädermacher und Zifferblattstecher. Sie verschwanden später wieder. Aber das Uhrenhandwerk blieb – als feinmechanische Pioniertat.

GESTANK UND DIEBE

Andere Berufe waren weniger angesehen. Die Lumpensammlerinnen etwa, die zwar mit ihrer Arbeit die Papierproduktion am Leben hielten, ihrer stinkenden Arbeit wegen aber behandelt wurden wie Aussätzige. Ähnlich erging es den Gerbern, die nur unter sich leben durften. Die Turmwächter wurden wegen angeblicher Unehrlichkeit und Zauberei ausgegrenzt. Und der Scharfrichter wiederum galt als dämonisch. Wer mit ihm trank, flog aus der Zunft.

Auch andere Berufe hatten einen schlechten Ruf: Bäcker galten als Betrüger. Müller, Schneider und Weber als Diebe. Der Schmied, hiess es, sei eitel, der Schuhmacher verfressen und der Maler trinkfreudig. Alles längst vergessene Vorurteile. Nur bei einer Berufsgruppe lässt sich der Hang zum Rausch nachweisen: bei den Glasmachern. Ihre Einkäufe wurden akribisch festgehalten. Zuoberst auf der Liste: das Bier, von dem pro Kopf und Tag zwischen drei und zwölf Litern getrunken wurden. Wo eine Glashütte stand, war die Brauerei nie weit.

Rudi Palla: **Die Welt der verschwundenen Berufe**. Insel-Verlag GmbH, 294 Seiten, CHF 26.90.

Fotojournalist Walter Bosshard

Teenager Mao im Bild

Walter Bosshard war in den 1930er Jahren einer der berühmtesten Fotoreporter der Schweiz. Spektakuläre Reportagen von Himalaya-Expeditionen, vom Nordpol und über Gandhis Unabhängigkeitskampf in Indien waren sein Markenzeichen. Seine Liebe aber galt China. Dort interviewte er den jungen Mao, der noch wie ein Teenager aussieht. Jahre später war Mao der Herrscher über ein Riesenreich. Bosshards Fotos zeigen aber keine kommunistischen

FOTO: FOTOSTIFTUNG SCHWEIZ / ARCHIV FÜR ZEITGESCHICHTE

Walter Bosshard: Kinder mit Papierdrachen, China, um 1934

Helden, sondern die einfachen Menschen im Kampf gegen einen äusserst widrigen Alltag. Seine grossartigen China-Bilder sind jetzt in der Fotostiftung Winterthur zu sehen.

Ausstellung bis 10. Februar 2019.
www.fotostiftung.ch

Buch: «Tibeterli» in der Schweiz

Import mit Fragezeichen

Der Industrielle Charles Aeschimann aus Olten hatte ein Herz für Tibet. Und so schaffte er es Anfang der 1960er Jahre, dass 160 tibetische Flüchtlingskinder in die Schweiz kamen. Sie wuchsen hier in Pflegefamilien auf, erhielten eine gute Bildung und kehrten dann ins Exil nach Indien zurück. Doch viele von ihnen hatten in Tibet noch leibliche Eltern. Wie war das zu verantworten? Und warum liessen die Schweizer Behörden Aeschimann gewähren? Diesen Fragen gehen Sabine Bitter und Nathalie Nad-Abonji in ihrem neuen Buch «Tibetische Kinder für Schweizer Familien» nach. Es ist die spannende Geschichte einer umstrittenen Fremdplacierung.

Sabine Bitter und Nathalie Nad-Abonji: **Tibetische Kinder für Schweizer Familien.** Rotpunktverlag, CHF 38.–.
Vernissage: Freitag, 16. November, 18.30 Uhr, Sozialarchiv Zürich.

Antifaschist Clément Moreau

Linolschnitt gegen Nazis

Kraftvoll, wuchtig und dramatisch: So sind die Linolschnitte von Clément Moreau alias Carl Meffert (1903–1988). Die Serie «Nacht über Deutschland», inspiriert von Käthe Kollwitz, ist sein berühmtestes Werk. Es ist jetzt neben anderen im Historischen und Völkerkundemuseum in St. Gallen zu sehen. Darin schildert er die Machtergreifung der Nazis 1933, den Terror gegen alle Andersdenkenden sowie den Widerstand und die Flucht von antifaschistisch Engagierten.

Carl Meffert: Auf der Flucht. AUS «NACHT ÜBER DEUTSCHLAND», 1937–1938

Ausstellung bis März 2019. Mit Begleitprogramm. **www.hmsg.ch**

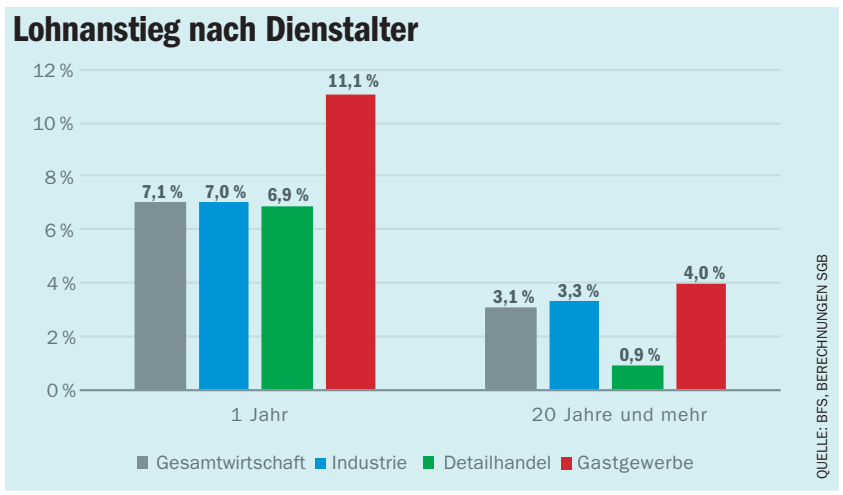
work1x1 der wirtschaft

Daniel Lampart

LANGJÄHRIGE MITARBEITENDE KOMMEN ZU KURZ

Langjährige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter halten oft die Firma zusammen. Sie kennen die Arbeitsabläufe. Sie haben Kontakt mit Kundinnen und Lieferanten. Und dank ihrer Kenntnis der Firma und der Produkte wissen sie oft auch, was man verändern kann und muss, damit die Arbeitsabläufe und die Produkte besser werden. Deshalb haben sie meistens auch einen höheren Lohn als die neu eingestellten Kolleginnen und Kollegen.

KEIN ANSTIEG. Doch leider sind viele von ihnen in den letzten Jahren punkto Lohnerhöhung zu kurz gekommen. Während die Löhne der Neueingestellten um 7,1 Prozent stiegen, erhielten die langjährigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zwischen 2010 und 2016 nur 3,1 Prozent mehr Lohn (Betriebszugehörigkeit von 20 Jahren und mehr). Besonders stark ist dieser Unterschied im Detailhandel, wo die Mitarbeitenden mit einem hohen Dienstalter fast keine Lohnerhöhung erhielten.
Auch in der Industrie beklagen sich die langjährigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu Recht, dass sie die neu eingestellten Kollegen einarbeiten und den Betrieb am Laufen halten müssten, aber bei den Lohnrunden kaum berücksichtigt würden. Sie waren das Opfer der Sparmassnahmen infolge der Frankenüberbewertung.
Mit ihrer Lohnpolitik wollen die Firmen vor allem für Arbeitnehmende attraktiv sein, die den Betrieb oder den Beruf wechseln. Die treuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommen zu kurz. Auch weil die Firmen davon ausgehen, dass die älteren Mitarbeitenden angesichts der schwierigen Arbeitsmarktsituation in ihrer Altersgruppe schon nicht davonlaufen werden. Kein Wunder, steigt in der Stammbelegschaft der Unmut über diese Lohnpolitik.
Ein Vergleich mit den Lohnstatistiken für Baden-Württemberg zeigt, dass das eine Schweiz-spezifische Entwicklung ist. Leider stehen für das deutsche Bundesland nur Zahlen von Männern im Zeitraum von 2010 bis 2014 zur Verfügung. Diese zeigen aber deutlich, dass die Löhne in allen Dienstaltersgruppen gestiegen sind – bei den langjährigen Angestellten sogar noch etwas stärker.



Die Firmen müssen mit dem jetzigen wirtschaftlichen Aufschwung die Löhne der Stammbelegschaften anheben. Und sie damit für ihren Einsatz in der Frankenkrise entschädigen.

Daniel Lampart ist Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB).

Das offene Ohr

Regula Dick
von der Unia-Rechtsabteilung beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

Unfall: Wieso bezahlt die Pensionskasse nicht die volle Rente?

Ich hatte vor vier Jahren einen schweren Autounfall und bin seither arbeitsunfähig. Die Invalidenversicherung hat mir eine ganze Rente zugesprochen, und auch die Unfallversicherung zahlt mir eine Rente. Die Pensionskasse hat mir hingegen geschrieben, dass ich von ihr pro Jahr lediglich 8800 Franken erhalte. Gemäss dem Vorsorgeausweis meiner Pensionskasse habe ich jedoch bei Invalidität einen wesentlich höheren Anspruch. Wieso erhalte ich von der Pensionskasse nicht die versprochene Invaliditätsrente?

REGULA DICK: Im Sozialversicherungsrecht wird davon ausgegangen, dass Personen, die Anspruch auf Leistungen verschiedener Sozialversicherungen haben, nicht überentschädigt werden sollen. Sie haben gleichzeitig Anspruch auf eine Rente der Invalidenversicherung, der Unfallversicherung und der Pensionskasse. Wenn Sie von all diesen Versicherungen eine ungekürzte Rente erhielten, wäre ihr Einkommen zukünftig eventuell höher als vor Ihrem Unfall. Es muss daher eine Überentschädigungsberechnung gemacht werden. Die Renten der IV-, der Unfallversicherung und der Pensionskasse dürfen 90 Prozent des mutmasslich entgangenen Verdienstes nicht übersteigen, wobei die IV-Rente immer ungekürzt ausbezahlt wird. Der mutmasslich entgangene Verdienst entspricht dem Einkommen, das Sie ohne Invalidität hätten. Die Pensionskasse zahlt in Ihrem Fall – zusätzlich zur IV-Rente und zur Rente der Unfallversicherung – nur noch die Differenz aus, damit Sie insgesamt 90 Prozent des Einkommens erhalten, das Sie ohne Invalidität hätten.

Mutterschaft: Kann ich früher wieder einsteigen?

Ich habe vor 10 Wochen eine Tochter geboren, bin im Mutterschaftsurlaub und erhalte Mutterschaftsentschädigung. Ich bin in einer Gemeinschaftspraxis zu 60 Prozent als Physiothera-

FOTO: FOTOLIA

BABYPAUSE: Wenn Sie vor Ablauf des Mutterschaftsurlaubs wieder arbeiten, wird Ihnen die Entschädigung gestrichen.

peutin angestellt. Daneben habe ich eine weitere Teilzeittätigkeit zu 40 Prozent in einem Privatspital. Nun hat mich meine Vorgesetzte aus dem Spital angerufen. Zwei meiner Kolleginnen sind erkrankt. Sie seien daher mit Arbeit überlastet und darauf angewiesen, dass ich schon nächste Woche wieder zu arbeiten beginne. Die notwendigen Pausen, um das Kind zu stillen, würde ich natürlich erhalten. Soll ich auf diese Anfrage eingehen? Ich will meine Kolleginnen nicht im Stich lassen und bin hin und her gerissen.

REGULA DICK: Nein, das sollten Sie nicht. Der Anspruch auf Mutterschaftsentschädigung endet, sobald Sie wieder eine Erwerbstätigkeit aufnehmen, bei der Sie im Jahr mehr als 2300 Franken verdienen. In Ihrem Fall ist davon auszugehen, dass Sie diese Lohngrenze überschreiten. Wenn Sie also wieder arbeiten, bevor Ihr Mutterschaftsurlaub vorbei ist, verlieren Sie den Anspruch auf die gesamte Mutterschaftsentschädigung ab Arbeitsbeginn.

Das Kursangebot 2019 von Movendo: Bestseller und Neuheiten

Machen Sie sich schlau – mit

Verstehen Sie Ihren Pensionskassenausweis? Verstehen Sie Körpersprache? Die Kurse von Movendo geben Antworten auf viele Fragen. Eine Übersicht über das Programm 2019.

MEHR DURCHBLICK: In Movendo-Kursen lernt

MARTIN JAKOB

Als Mitglied der Unia haben Sie viele Vorteile. Einer davon: Ihre Gewerkschaft übernimmt die Kosten von mindenstens einer Weiterbildung pro Jahr. Da lohnt es sich doppelt, einen Blick ins Kursprogramm von Movendo zu werfen, dem Bildungsinstitut der Gewerkschaften.

Die Liste der Kurse, die allen Mitgliedern offenstehen, umfasst über 50 Positionen. Hinzu kommen rund dreissig Kursangebote für Vertrauensleute, Stiftungsräte und Personalvertretungen (siehe «Support für Aktive» rechts). Stark gefragte Kurse werden an mehreren Daten durchgeführt.

Zwei neue Kurse sind ganz den Frauen vorbehalten.

Die Arbeitswelt verändert sich – und Movendo zieht mit. Auch nächstes Jahr sind 20 der rund 80 Kurse neu im Angebot. In den Neuheiten spiegelt sich die 2017 überarbeitete Strategie von Movendo, deren Umsetzung bereits dieses Jahr begonnen wurde: mehr Raum für politische Aktualität und ein verstärktes Eingehen auf die Zielgruppen Frauen und Migranten.

GEFRAGTE KLASSIKER

Movendo ist mit seinen Themen offensichtlich nah am Puls der Mitglieder: Praktisch alle ausgeschriebenen Kurse sind gut besucht, ganz selten muss ein Kurs wegen zu geringer Teilnehmerzahl abgesagt werden. Die Durchführungsquote lag 2017 bei 99% (Mitgliederkurse in deutscher Sprache). Einige Kurse sind regelmässig stark gefragt und oft ausgebucht. Rechtzeitige Anmeldung ist hier sehr zu empfehlen. Hier einige dieser Klassiker:

● **Rentenplanung.** Welches Einkommen habe ich im Alter? Wer sich langsam der Pensionierung nähert, muss wissen, wie sein Leben im Ruhestand finanziell abgesichert ist. Der Kurs zeigt den Teilnehmenden, wie sich ihr Einkommen im Rentenalter aus den drei Säulen der Vorsorge berechnen lässt – und wie sie vorgehen, wenn zur Sicherung der Existenz Ergänzungsleistungen nötig werden.

● **Office-Programme.** Word, Excel und Powerpoint sind Programme, die uns an fast an allen Arbeitsplätzen begegnen und die man auch privat gut gebrauchen kann. Neben Basiskursen bietet Movendo Aufbaukurse und einen PC-Einstiegskurs für Seniorinnen und Senioren.

● **Körpersprache lesen.** Auch wer schweigt, spricht! Aber was bedeuten denn die Signale, die der Körper sendet? Im Kurs lernen die Teilnehmenden, körpersprachliche Signale zu verstehen, und sie stärken den Ausdruck der eigenen Körpersprache für den Berufsalltag. Erstmals bietet Movendo 2019 einen Vertiefungskurs «Körpersprache gezielt einsetzen» an (nur für Personen, die den Grundkurs absolviert haben).

SPEZIELL FÜR MIGRANTEN

Wer in der Schweiz arbeitet, aber nicht hier aufgewachsen ist, hat einen anderen Blick auf dieses Land. Und jene Migrantinnen und Migranten, die nicht ihr ganzes Berufsleben hier verbracht haben, stellen andere Fragen zu ihrer Vorsorge. Zwei neue Kurse bearbeiten diese Themen:

● **Die Schweiz kurz erklärt.** Was hat es mit der direkten Demokratie auf sich? Wie kann ich als Mitglied der Gewerkschaft und der Zivilgesellschaft – ob mit oder ohne Stimmrecht – auf die Politik Einfluss nehmen? Der Kurs steht allen Mitgliedern offen, orientiert sich aber am Wissensstand von Menschen, denen das «System Schweiz» noch unvertraut ist.

● **Rentenplanung.** Wie hoch wird meine AHV-Rente ausfallen, wie hoch die Rente der Pensionskasse? Was muss ich in Bezug auf den automatischen Informationsaustausch zwischen der Schweiz und der EU beachten? Der eintägige Kurs wird 2019 zweimal in Albanisch und einmal in Italienisch durchgeführt.

FOKUS FRAU

Der Frauenanteil bei Movendo-Kursen für Mitglieder liegt bei hohen 45 Prozent. Obwohl es bisher kaum Angebote speziell für Frauen gab. 2019 sind nun zwei Kurse neu im Programm, die ganz den Frauen vorbehalten sind:

● **Die eigenen Stärken kennen – erfolgreich auftreten als Frau.** In diesem Kommunikationsseminar lernen Frauen, souverän, ruhig und gelassen aufzutreten. Im Zweitageskurs geht es nicht darum, «als Frau den Mann zu stehen», sondern als Frau mit den eigenen Stärken erfolgreich zu sein.

● **Selbstschutz und Intervention.** Wie umgehen mit Aggression, Übergriffen, Beleidigung? Im Zweitagesseminar werden Konflikte analysiert und Wege aufgezeigt und geübt, wie Frauen in heiklen und bedrohlichen Situationen im beruflichen Alltag kon-

WORKTIPP

ALLE KURSE AUF EINEN BLICK

Das gedruckte Kursprogramm wird den Unia-Mitgliedern im Lauf des Novembers zugestellt. Online ist es bereits aufgeschaltet: **movendo.ch**

NICHT ABGEHOLT: Auf über 800 000 Vorsorgekonti liegen Guthaben von Personen, die sich nicht melden und nicht auffindbar sind. FOTO: ALAMY

Pensionskassen: Viele Guthaben

Lassen Sie bloss

Über 5 Milliarden Franken lagern auf Freizügigkeitskonten, deren Besitzer nicht auffindbar sind. Liegt da vielleicht auch Geld von Ihnen herum?

MARTIN JAKOB

800 Milliarden Franken schwer ist mittlerweile der Sparstrumpf der Schweizer Pensionskassen. 5 Milliarden davon sind auf Freizügigkeitskonten parkiert, deren Eigentümer nicht informiert werden können. Weil niemand sie findet.

Warum ist die Zahl solcher Fälle derart gross? Zwar sind die Pensionskassen verpflichtet, das Guthaben von Austretenden an die nächste Pensionskasse zu überweisen. Wenn diese schon bekannt ist. Aber längst nicht immer findet ein nahtloser Übergang von Anstellung zu Anstellung statt.

Wenn Sie zum Beispiel die Erwerbstätigkeit vor dem Pensionsalter aufgeben, das Pensum so stark reduzieren, dass keine Pensionskassenbeiträge mehr fällig werden, eine Erwerbspause machen oder in Ihr Heimatland zurückkehren, müssen Sie der letzten Pensionskasse selber mitteilen, was mit Ihrem Guthaben geschehen soll. Das geht oft vergessen.

Betroffen sind vor allem Personen, die häufig die Stelle wechseln, zum Bespiel im Gastgewerbe. Oder Saisonniers und Personen, die in ihr Heimatland zurückkehren. Weil die Firma sie nicht gut informiert hat oder weil sie der Papier-

Weiterbildung

man von Praktikern – für den beruflichen und gewerkschaftlichen Alltag. FOTO: GETTY

struktiv handeln können, ohne in Bedrängnis zu geraten.

FÜR POLIT-FÜCHSE

Mitdenken und mitreden in der Politik macht umso mehr Freude und ist umso wirkungsvoller, als man selber mit Kenntnis und Argumenten auftrumpfen kann: Das Wissen ist ein starker Kampfstoff! Tanken lässt er sich auch in Movendo-Kursen. Diese drei sind neu:

- **100 Jahre ILO.** Die Tagung zum 100-Jahr-Jubiläum der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) hält Rückschau und zeigt die aktuelle Entwicklung von Gewerkschaftsrechten. Eine Standortbestimmung mit weitem Horizont!
- **Arbeitszeitverkürzung.** Vor hundert Jahren hat die Schweiz die 48-Stunden-Woche eingeführt. Der eintägige Kurs beleuchtet den Kampf um kürzere Arbeitszeiten und erläutert die aktuelle Position der Gewerkschaften.
- **Baustelle Wirtschaftspolitik.** Das eintägige Seminar klärt Grundbegriffe der Wirtschaftspolitik und stellt relevante Zusammenhänge her. Der Schwerpunkt gilt den aktuellen Fragen und den gewerkschaftspolitischen Antworten darauf.

GEWERKSCHAFTSARBEIT

SUPPORT FÜR AKTIVE

Für Vertrauensleute und Personalvertretungen, für Stiftungsräte und Mitglieder von Vorsorgekommissionen hat Movendo auch 2019 neben den Kursklassikern neue Pfeile im Köcher. Gesetzt sind wie jedes Jahr die Seminare, die aktive Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter auf ihre Tätigkeit vorbereiten. 2018 sind die neu eingeführten Kurse zur Sitzungs- und Versammlungsleitung, zur Unfall-, Kranken- und Invaliditätsversicherung sowie zum heiklen Thema der fairen Personalbeurteilung besonders gut gestartet und selbstverständlich auch 2019 im Programm.

COURAGE! Gewerkschaftsarbeit bedeutet, sich im Betrieb zu engagieren und damit auch zu exponieren. Der neue Kurs «Zivilcourage im Gewerkschaftsalltag» versteht sich als praxisnaher Mutmacher für Aktive. Und natürlich fällt Gewerkschaftsarbeit auch leichter, wenn einem möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zur Seite stehen. Darum bietet der ebenfalls neue Kurs «Mitglieder werben, Gewerkschaft im Betrieb stärken» praktische Hilfe, wie man sein Netzwerk innerhalb der Firma stärkt und neue Mitglieder gewinnt. Ein weiterer neuer Kurs befasst sich mit der Frage, wie die Gelder der Pensionskasse angelegt werden. Die «Einführung in eine sozialverträgliche Anlagepolitik» hilft Mitgliedern von Stiftungsräten und Vorsorgekommissionen, bei ihrer Pensionskasse Geldanlagen in die richtige Richtung zu lenken. (jk)

Gesamtübersicht über die Kurse für Aktive: im gedruckten Jahresprogramm und auf **movendo.ch**

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».

SCHERBEN JA, GLÜCK NEIN: Die neuen iPhones sind teuer, aber sturzempfindlich. FOTO: MEDIAMODIFIER

Die neuen iPhones sind zu wenig robust

Sie sind teuer und gehen bei einem Sturz rasch kaputt: die neuesten iPhone-Modelle «XS» und «XS Max». Dies ist das Ergebnis eines grossen Handy-Tests von «Saldo» und 35 Konsumentenorganisationen aus der ganzen Welt. Testsieger der 15 geprüften Geräte ist das «Galaxy Note 9» von Samsung. Es überstand hundert Stürze schadlos und lief mit voller Akkuladung 29 Stunden lang – länger als alle anderen Modelle. Auch punkto Sprach- und Fotoqualität schnitt es gut bis sehr gut ab. Allerdings ist es mit 1079 Franken fast so teuer wie die iPhones.

Testsieger ist «Galaxy Note 9» von Samsung.

GÜNSTIGER. Mit 630 Franken deutlich günstiger ist das «OnePlus 6», das die zweitbeste Gesamtnote erreichte. Auch das Modell «10» von Honor schnitt gut ab. Mit 416 Franken kostet es nur einen Drittel des iPhone «XS». Das günstigste Gerät im Test war das «Y6 2018» von Huawei, für gerade einmal 169 Franken. Schwachpunkte sind die Akkuleistung, die ungenaue GPS-Ortung und die Kamera: In Innenräumen oder bei Dämmerlicht funktioniert sie nicht zufriedenstellend. Da es ziemlich robust ist und eine gute Sprach- und Musikqualität aufweist, erhielt das Gerät dennoch knapp eine gute Gesamtnote. Der ganze Test ist auf **saldo.ch** publiziert (Downloadgebühr 3 Franken für Nichtabonnenten). ANDREAS SCHILDKNECHT UND CHRISTIAN EGG

auf Freizügigkeitskonten gehen vergessen

Ihr Geld nicht liegen!

krieg überfordert, reisen sie ab, ohne eine Kontoangabe und eine Adresse zu hinterlassen.

KEIN CASH. Was die Sache kompliziert macht: in den wenigsten Fällen darf das Geld direkt ausgezahlt werden. Solange jemand im Erwerbsleben steht, muss das Guthaben fürs Alter aufgespart bleiben – das gilt meist auch beim Umzug in einen EU- oder EFTA-Staat.

Kommt es nicht zum direkten Pensionskassenwechsel, erfolgt die Zahlung deshalb auf ein Freizügigkeitskonto. Auf welches, haben die Eigentümer nun selber zu entscheiden und mitzuteilen. Geschieht dies nicht und verliert die Pensionskasse den Kontakt zur begünstigten Person, überweist sie das Guthaben nach spätestens zwei Jahren an die Stiftung Auffangeinrichtung BVG. Dort bleibt das Geld so lange liegen, bis sich die Besitzerin oder der Besitzer meldet.

EINFACHE ANFRAGE. Für alle, die wissen möchten, ob sie ein vergessenes Pensionskassenguthaben besitzen, hat der Bund die Zentralstelle 2. Säule eingerichtet. Ihr melden die Auffangeinrichtung BVG sowie sämtliche Versicherer und Freizügigkeitsstiftungen die laufenden Vorsorgeverträge und die nachrichtenlosen Konti. Das Anfrageformular ist einfach auszufüllen. Sie finden es unter **zentralstelle.ch.**

2017 hat die Zentralstelle 50 000 Anfragen bearbeitet, Tendenz steigend. Bei 74 Prozent der Anfragen findet die Zentralstelle Guthaben aus laufenden Verträgen und auf nachrichtenlosen und vergessenen Konten.

Erreicht übrigens jemand das Pensionsalter und verfügt über ihm unbekannte Vorsorgeguthaben, sucht die Zentralstelle aktiv nach der begünstigten Person. Bei erfolgloser Suche bleibt das Geld reserviert – erst wenn die versicherte Person 100 Jahre alt wird (oder würde), gelten die Ansprüche als verjährt.

74 Prozent aller Anfragen führen zu einem Treffer.

FÜR RÜCKKEHRER

TIPPS IN NEUN SPRACHEN

Das Bundesamt für Sozialversicherungen BSV bietet mit der Broschüre «Freizügigkeitsleistung: Vergessen Sie Ihre Vorsorgeguthaben nicht!» einen Leitfaden für den erfolgreichen Transfer von Pensionskassenguthaben. Für ausländische Arbeitnehmende hat der Bund die Broschüre neben Deutsch in Französisch, Italienisch, Spanisch, Portugiesisch, Englisch, Albanisch, Bosnisch und Türkisch publiziert. Download über **rebrand.ly/vorsorgeguthaben**

Stiftinnen und Stifte fragen – die Unia rät

Darf mir der Chef mein Piercing verbieten?

Ich, 18jährig, mache eine Lehre als medizinischer Praxisassistent in einer Arztpraxis und trage ein Piercing in der Nase. Mein Ausbilder hat mich aufgefordert, den Stecker während der Arbeit zu entfernen, da dies unhygienisch sei. Als ich widersprach, drohte er mir eine Lohnkürzung an oder sogar die Kündigung. Muss ich das Piercing während der Arbeit entfernen?

Kathrin Ziltener, Jugendsekretärin.

« Grundsätzlich erlaubt das Gesetz dem Arbeitgeber, Weisungen zum Verhalten am Arbeitsplatz zu erlassen. Darunter fallen auch Bekleidung und sichtbar getragener Schmuck. Den Lohn kürzen darf dir dein Chef während der Lehre nur, wenn du unentschuldigt nicht zur Arbeit kommst oder dem Betrieb absichtlich schadest. Und eine Kündigung darf während der Lehre nur bei schweren Verfehlungen ausgesprochen werden. Beide Massnahmen wären in deinem Fall unverhältnismässig. Du bist jedoch in einer Arztpraxis und damit im Gesundheitswesen tätig. Deshalb würde ein Gericht die Hygiene als Argument für ein Piercingverbot wohl gelten lassen. Falls dein Chef in einem nochmaligen Gespräch nicht einlenkt, wirst du die Weisung befolgen müssen.»

Hast auch du eine Frage an die Unia-Jugendsekretärin?
Schreib an **lehre@unia.ch**

workrätsel

Gewinnen Sie 500 Franken in Reka-Checks!

Über 9000 Ferien- und Freizeitanbieter werden günstiger durch Reka-Checks: ÖV, Reisebüros, Hotels, Restaurants, Kinos, Tankstellen, Freizeitparks u. v. m. www.reka-guide.ch

LÖSUNG UND GEWINNERIN AUS NR. 17
Das Lösungswort lautete: JAHRESZEITEN

		I		T			O			K		E	P			M		
R	A	G	O	U	T		R	I	S	O	T	T	O		W	O	R	K
	E	L		L		Y	A	K		J		E	R		I			E
T	R	U	M	P	F		N	E	B	E	L		T	A	N	N	E	N
	Z		A	E			G	A	R			M	A	R	D	E	R	
	T	O	I		B		E		A	L	P		L	E	H	R	E	R
	I		S	T	E	G		U	S	A		F		N	O	D		O
U	N			A		I		H	I	M	M	E	L		S		S	S
		P	O	L	I	E	R		L	A		I		M	E	K	K	A
F	R	I	S	E	U	R			I		U	N	I	A		E	A	
		E		N			F	R	E	U	N	D		M	A	L	T	A
S	T	R	A	T	U	S		S	N		G		M	M		L		H
	E		B	E	L	E	M			B	A	U		U	R	N	E	N
M	I	N	E		M	I	A	U		U	R		S	T	I	E	G	E
	G	A	R	T	E	N	B	A	U		N	I	E		T	R	A	N

DEN PREIS, eine Übernachtung im Hotel FloraAlpina in Vitznau LU, hat gewonnen: Alexandra Daverio, Biel. Herzlichen Glückwunsch!

…-Streik 2019!	ver-schreibt der Arzt		mex. Fast-food	3	leichte Er-schütte-rung	…-Mafia am Werk, so work		nicht runter	irische New-Age-Musike-rin		lustiger Unfug			Spass-macher, wie Kinder schreiben	kurz für spez. Rennen in Bern		Top-Level-Domain von Ungarn	kurzer engl. Vater
						als alles begann					9			Wind-richtung				
Euro-cheque			… mal!		will wieder gross sein				Chefs, die mit Tricks & … ein-schüchtern		keine Angabe, kurz			manche haben keinen		open night of code, kurz	Akustisch evozierte Potentiale	
						Land in Ostafrika			11			hoch-laden, wie man auch sagt						
portug. Atlantik-inseln		Präfix			Orien-tierungs-lauf	europ. For-schungs-raum				Solo in der Oper	auf Leitung, im Netz					1		Atom-
Post und Swiss-com früher	6			poet. Fuchs		Koseform für Elisabeth		Eiche, engl.				unbe kümmert, zwanglos						
Auto-kennz. von Onex		Laub-baum				12	berät in work, das offene …				kann Vor- u. Nach-name sein		Network Access Control	13			nicht Minus	
		schafft der Bauer aufs Feld	Doppel-vokal		Hühner-produkt von hinten		es … aus der Quelle							es gibt natürliche und juristische		Trip, wie die Briten sagen		
wird der Geldhahn zugedreht, so work	Teil-nehmer an Meta-geschäft							chem. Symbol für Neon		7	die Folge: bösartiges Lungen-karzinom		Weinan-baugebiet in Süd-west-Dtl.					
				10			diesen bitte nicht prellen	Auto-kennz. von Zihl-schlacht		damit sehen wir					Doppel-vokal			kurzes eigent-lich
Angriff, Anfall	hört od. spürt nichts		Ambiente e Higiene Urbana		umgangs-sprach-lich für Diebstahl	giftiger Nadel-baum			4				Spalten					
							kurz für gezeich-net			nota bene		das Un-bewusste			Parc (sic) in Grau-bünden		sagt die Jugend	
Deckel & Seiten, dazw. Welten		widerlich						ägypt. Sonnen-gott	Nichtein-tretens-entscheid				schmie-rig					
				Widerrede beginnt oft mit					Halb-Kanton			Bartleby verspürt eine grosse			5			
die mit dem star-ken Arm, so work								2		Goal	8			regsam, wendig				

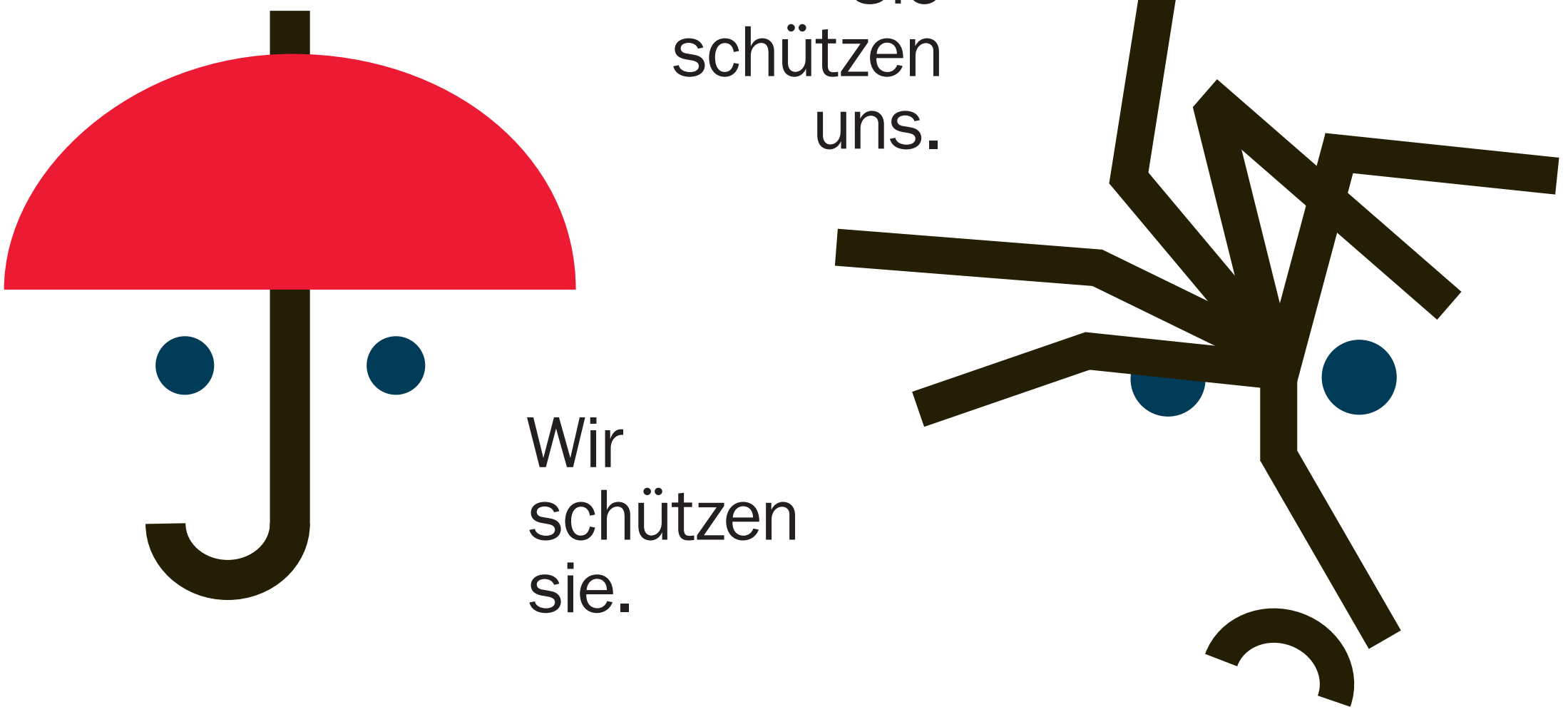
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13

Lösungswort einsenden an: work, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch Einsendeschluss 9. November 2018

INSERAT

UNIA

Sie schützen uns.



Wir schützen sie.

Unsere Arbeitsrechte.

Nein!

Am 25. November 2018
zur «Selbstbestimmungs»-Initiative
www.unia.ch/sbi-nein

WORKLESERFOTO

Birke im Festtagsgewand

WANN Oktober 2017
WO Heimiswil BE
WAS Farbige Blätter an einer Birke
Eingesandt von Maria Kiener, Heimiswil

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, **gewinnen Sie 100 Franken!** Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKFRAGE VOM 19. 10. 2018

Was braucht es, um die Baumeister zur Vernunft zu bringen?

DER BUND MUSS EINGREIFEN
Was ist mit den Bauunternehmern nur los? Die wollen das Rentenalter 60 nicht mehr, auch wenn die Arbeiter todmüde sind, und auch keinen Rappen mehr Lohn bezahlen. Da sollten der Bund und die Politik eingreifen und die Bauherren zur Vernunft bringen.

JOSEF BENCZE-WYSS, USTER ZH

ANSTAND LEHREN
Der Baumeisterverband war einmal ein harter, aber an Sozialpartnerschaft interessierter Verband. Jetzt scheint er in die Hände einer unanständigen neoliberalen Clique gefallen zu sein. Doch wir Büezer werden den Baumeistern wieder Anstand beibringen. Wir sind viele, und wir haben viele Ideen.

MAX HUMM , PER MAIL

SO LIEF DAS FRÜHER
Ich mag mich noch gut daran erinnern, wie der Baumeisterverband auch schon einmal so ideologisch und stur tat. Dann machten wir den Baregg zu …

ERNST GERBER, WINTERTHUR

SCHAUEN WIR MAL
Die Proteste in der Westschweiz und im Tessin sind erst der Anfang. Lenken die Baumeister nicht ein, gibt's den grossen Aufstand landesweit. Mal schauen, wie lange die Baumeister-Ideologen dann noch blöd tun, wenn die Büezer auf den Baustellen der Verbandsmitglieder nichts mehr tun.

MARK ITTEN, ZÜRICH

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an **redaktion@workzeitung.ch** oder an **work Redaktion Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Weltpoststrasse 20, 3000 Bern**

WORKPOST

WORK 17 / 19.10.2018: NEBELPETARDEN DER SVP IN ORANGE

Gefährlich

Wenn die neuste SVP-Initiative, die sogenannte Selbstbestimmungsinitiative, angenommen würde, dürfte das Bundesgericht unsere Menschenrechte nicht mehr schützen, selbst wenn ein Gesetz verfassungswidrig ist. Das Bundesgericht dürfte gemäss dem Artikel 190 des Initiativtexts weder die Menschenrechte aus der Europäischen Menschenrechtskonvention noch die Grundrechte aus der Schweizer Verfassung anwenden.
Das ist eine Gefahr für uns alle. Es ist nur dem heutigen System zu verdanken, dass Asbestopfer gerecht entschädigt werden, Demente nicht mehr einfach weggesperrt werden können oder das inhumane System der administrativen Verwahrungen abgeschafft wurde.
Diese Initiative ist zu gefährlich, um ein «Zeichen zu setzen», ohne sich um die Konsequenzen zu kümmern. Der Schutz unserer Rechte ist zu wichtig, als dass wir sie leichtfertig aufs Spiel setzen dürften.

ANDREAS WEIBEL, BERN BÜMPLIZ

Falsche Flagge

Operationen unter falscher Flagge sind ein Merkmal von Geheimdiensten. Die haben es wie die SVP auch nicht so wirklich mit den Menschenrechten. Von daher ist das orange Versteckspiel schon fast wieder logisch. Erteilen wir den Rechtsnationalisten am 25. November eine Lektion, die sie lange nicht vergessen!

LISA MÜNGER, PER MAIL

WORK 17 / 19.10.2018: DAS VERMÄCHTNIS VON ASBEST-OPFER HANS MOOR

Pflichtlektüre

Rechtzeitig vor der Selbstbestimmungsinitiative-Abstimmung ist das Buch «Frau Müller geht nach Strassburg» erschienen. Es ist brillant von WOZ-Journalisten geschrieben. Hier werden einige interessante Fälle behandelt. Zum Beispiel die Lausannerin, die gebüsst wurde wegen Teilnahme an einer unbewilligten Demonstration. Die Polizeikommission beurteilte den Fall abschliessend ohne Rekursmöglichkeit und ohne die Frage abzuklären, ob die Klägerin wirklich an der Demo teilgenommen habe, was nicht der Fall war. Strassburg gab der Klägerin recht. Interessant auch der Fall eines jungen Künstlers, dessen Werke schon an der Vernissage wegen Pornographie konfisziert wurden. Strassburg beurteilte dies als unverhältnismässig und verlangte die Rückgabe der Gemälde. Ein Ausstellungsbesuchsverbot für Minderjährige wäre hier ausreichend gewesen. Auch die Frist für Asbestopfer wurde korrekterweise erstreckt, bricht doch die Krankheit erst nach 10 Jahren aus. Dieses Buch sollte vor der Abstimmung vom 25. November zur Pflichtlektüre gehören.

MARTIN A. LIECHTI, MAUR ZH

WORK 17 / 19.10.2018: «FIRMEN VERDIENEN SICH GOLDFINGER»

Lachen hilft

Was mir an work immer wieder gefällt: Neben allen kämpferischen und aufrüttelnden Themen kommt auch der Humor nicht zu kurz.
In der aktuellen Ausgabe zum Beispiel das Interview mit James Bond. Ich habe trotz dem ernsten Hintergrund viel schmunzeln müssen.

CLARA MAFFEIS , PER MAIL

WORK 17 / 19.10.2018: SCHNAPPSCHÜSSE VON DER BRÜCKE

An der Wand

Wow, einfach nur wow, diese Doppelseite über die Sanierung der Kirchenfeldbrücke in Bern. Ich habe sie an die Wand geklebt!

MAURO CAVIGELLI, PER MAIL

Meisterstück

Die «Schnappschüsse von der Brücke» von Fotograf Alexander Egger fangen die Stimmung auf der Baustelle meisterlich ein. Leider ist das Genre der Arbeitsweltfotografie, das während Jahrzehnten viel zum Selbstbewusstsein der Arbeitenden beigetragen hat, in den vergangenen Jahren immer mehr zurückgedrängt worden. Danke work für diese löbliche Ausnahme.

MEINRAD SIEDLER, BASEL

WORK 17 / 19.10.2018: TEURER HEISST NICHT BESSER, NUR TEURER

Einheitskasse!

Der work-service über die Krankenkassen ist sehr informativ und alltagstauglich. In der politischen Praxis müssen wir weiterhin für die Einheitskasse kämpfen mit einkommens- und vermögensabhängigen Prämien. Ein Zwischenschritt ist die SP-Initiative für die Beschränkung der Prämienlast auf 10 Prozent des Haushaltseinkommens.

HANSPETER VÖGELI, LIESTAL

Gut erklärt

Obwohl man es mit den Jahren ja wissen sollte, ist die Erklärung zum Krankenkassenwechsel sehr informativ. Noch ist ja ein Kassenwechsel die einzige Möglichkeit, sich gegen den Prämienwahnsinn wenigstens ein bisschen zu wehren. Weiterhin dringlich bleibt aber ein Systemwechsel. Das Kässelisystem ist teuer und ineffizient. Zu viele füllen sich auf Kosten der Versicherten die Taschen.

DORA MEISTER, PER MAIL

workquiz

Wie gut sind Sie?

1. Rechsteiner I:
Wie lautet Paul Rechsteiners Übername?
a) der blaue Paul?
b) der grüne Paul?
c) der gelbe Paul?
d) der rote Paul?

2. Rechsteiner II:
Wie lautet Paul Rechsteiners Kosename?
a) Schnäuzli?
b) Schätzli?
c) Schnauz?
d) Schnäggli?

3. Rechsteiner III:
Wo ist Paul Rechsteiner geboren?
a) St. Pauli?
b) St. Gallen?
c) St. Pölten?
d) St. Moritz?

4. Rechsteiner IV:
Was sagte Paul Rechsteiner diesen Sommer zu den beiden FDP-Bundesräten, als sie den Lohnschutz abbauen wollten?
a) fertig, schnätz?
b) fertig, lustig!?
c) fertig, Schluss!?
d) tschüss zäme!?

Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!

Lösungen: 1d, 2c, 3b, 4c

FOTO: KEYSTONE

FARBENFROH: Trotz Sehbehinderung sind Farbstifte und Bücher fester Bestandteil des Unterrichts von Monika Nett.

Monika Nett macht aus ihrer Sehschwäche ihre Stärke

«Das Körperliche wird zugänglicher, wenn das Sehen limitiert ist»

Die sehbehinderte Monika Nett (55) arbeitet seit 35 Jahren mit Kindern und liebt ihre Arbeit über alles. Weil sie nicht alles sieht, besteht ihr Unterricht aus viel Bewegung.

LUCA HUBSCHMIED | FOTOS MICHAEL SCHOCH

«Hüpfen!» ruft Jana und springt zweimal über die Linie am Boden. Danach setzt sich die fünfjährige Kindergärtlerin wieder an den Tisch, und ihr Klassengspänli Mara ist an der Reihe. In dem kleinen Klassenzimmer mit den vielen Kinderbüchern und farbigen Bildern an den Wänden lernen die zwei Kinder Deutsch. Ihnen gegenüber an dem Tisch, der wie die Stühle im Miniaturformat daherkommt, sitzt Monika Nett. Seit diesem Schuljahr unterrichtet sie hier im Schulhaus Triemli in Zürich «Deutsch als Zweitsprache» für Kinder aus dem Kindergarten, der ersten und der dritten Klasse. Nun zeigt die Lehrerin die nächste Aufgabe vor. Es wird durchs Zimmer gerannt, am Boden gekrochen oder ein Kissen auf dem Kopf balanciert. Immer wieder hallt das helle, fröhliche Lachen von Monika Nett durchs Klassenzimmer.

ALLES IM GRIFF. Jana spricht zu Hause Portugiesisch, Mara Bosnisch. Sie erhalten deshalb bereits früh eine zusätzliche Sprachförderung wie alle Kinder, deren Erstsprache nicht Deutsch ist. «Auf der Kindergartenstufe ist ein Grossteil des Unterrichts mündlicher Natur, bei älteren Kindern arbeiten wir aber auch mit schriftlichen Materialien», erklärt Monika Nett. Ersteres kommt ihr entgegen, denn auch wenn es im Gespräch mit ihr zuerst nicht auffällt, Monika Nett sieht auf beiden Augen nur eingeschränkt. Sie leidet seit der Geburt an einer Blauzapfen-Achromatopsie. Das ist ein seltener genetischer Defekt, durch den sich ihre Netzhaut nicht richtig entwickelt hat. Ihre Sicht auf die Welt vergleicht sie mit einem verpixelten Foto: «Grundsätzlich sehe ich alles grobkörniger. Was weiter weg ist, wirkt unscharf und ist deshalb oft unleserlich.» Zu einem gewissen Teil erklärt sich so auch ihr aktiver Unterrichtsstil: «Durch meine Sehbeeinträchtigung ist mir die Bewegung im Unterricht wichtiger, das liegt mir mehr. Wenn ich mit den Drittklässlern länger sitzen und lesen muss, wird es auch für mich anstrengend.» Die Kinder habe sie aber trotzdem im Griff, meint sie und lacht.

Kein Wunder, denn die 55jährige Lehrerin hat einen Grossteil ihres Lebens an der Schule verbracht. «Mit Kindern zu arbeiten finde ich schön, das ist lebendig und kurzweilig», sagt Monika Nett, «ich arbeite nun schon 35 Jahre in diesem Beruf, doch ich kann immer wieder etwas Neues lernen, und es stellen sich immer wieder neue Herausforderungen.» So habe etwa der Druck auf die Schule immer mehr zugenommen. Monika Nett: «Die Erwartungshaltung der Eltern hat sich sicher geändert. Positiv ist, dass viele Eltern sehr aktiv sind und sich engagieren. Man kann als Lehrperson heute aber öfter ins Schussfeld geraten.» Trotzdem begrüsst sie es, dass die Lehrperson heute nicht mehr die klassische Rolle als Patriarch hat, der nicht angezweifelt werden darf.

HANDY SEI DANK. Mit ihrer Sehbeeinträchtigung hat Monika Nett in ihrer eigenen Schulzeit auch schwierige Erfahrungen gemacht. Während sie heute technische Hilfsmittel nutzen kann, etwa das Handy, um die für sie unleserliche Schrift einer Powerpoint-Präsentation abzufotografieren und am Display zu vergrössern, war sie früher oft auf sich alleine gestellt. «Vor fünfzig Jahren gab es diese Möglichkeiten noch nicht. Ich stand in der Abhängigkeit von meiner Lehrperson und ihrer Rücksichtnahme auf meine Beeinträchtigung.»

Heute hat Monika Nett gelernt, damit umzugehen. Bei der Arbeit und mit den Kindern kommuniziert sie meist von Anfang an offen und erklärt ihre Sehbeeinträchtigung. Sie sagt: «Das musste ich erst lernen, früher habe ich das eher vertuscht, weil ich ja nicht auffallen wollte. Es ist aber nach wie vor ein Abwägen, wie viel Aufwand es für mich bedeutet.» Sie befindet sich oft in einer Grauzone, weil ihre Sehbeeinträchtigung auf den ersten Blick nicht auffällt, wie sie erklärt: «Das sorgt oft für Verwirrung. Daher muss ich viel situativ erklären, etwa, dass ich es nicht böse meine, wenn ich jemanden nicht erkenne und daher nicht grüsse. Solche Missverständnisse sind oft schwierig.»

MONIKA NETT

EIN LEBEN FÜR DIE SCHULE

Geboren 1963 in Sils Maria im Engadin, besuchte Monika Nett zuerst das Lehrerseminar in Chur und arbeitete zehn Jahre als Primarlehrerin. Anschliessend zog sie nach Basel und absolvierte eine Ausbildung zur Atempädagogin. Sie sagt: «Eine Weile lang war ich auf diesem Beruf tätig, es gestaltete sich aber schwierig, damit über die Runden zu kommen.» Sie ging zurück an die Volksschule und übernahm eine Fremdsprachenklasse in Basel. Vor acht Jahren zog sie nach Zürich und begann, Deutsch als Zweitsprache zu unterrichten. Seither lebt sie zentral in Zürich, ihr Partner wohnt in Basel. Am Schulhaus Triemli arbeitet sie 80 Prozent und verdient netto rund 6800 Franken.

TANZEN. Die Lehrerin beschäftigt sich neben der Schule oft mit Körperarbeit. Sie geht gerne tanzen, meditiert oder macht Yoga. Am liebsten tanzt sie 5-Rhythmen, dabei werden fünf verschiedene Tanzstile nacheinander durchgetanzt. «Für mich ist das eine Art Psychohygiene», sagt Monika Nett, «wenn das Sehen limitiert ist, ist es naheliegend, dass das Körperliche zugänglicher wird.»

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name

Strasse

PLZ/Ort

Telefon/E-Mail

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciadincau@workzeitung.ch; Sabine Reber, sabinereber@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (stv. Chefredaktorin, Produktion), annesophiezbinden@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Peter Bodenmann, Luca Hubschmied, Martin Jakob, Andreas Rieger, Peter Stäuber, Clemens Studer, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Tom Hänsel **Korrektorat** Urs Remund **Sekretariat** Mirka Grossenbacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Mirka Grossenbacher, Telefon 031 350 24 18 anzeigen@workzeitung.ch **Druck** Tagblatt Print, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 92 416 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.